Zur „neuen Arbeitskampftaktik" der IGM-Führung Seite 4

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Lander und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 23 vom 8. Juni 1979 13. Jahrgang 1 DM

Keine Stimme für das Europa der Monopole!

Ihre größte Sorge ist die Wahlbeteiligung. 140 Millionen Mark Steuergelder haben die Parteien verbraten, um uns ihre Europapläne schmackhaft zu machen. Heiße Würstchen, Erbsensuppe und zum Teil schwachsinnige Parolen sollen uns am 10. Juni zur Wahlurne locken, wir Werktätigen sollen unser Schicksal in die Hände der Herren Europaparlamentarier legen.

Als wunderbare Zukunftsvision wird uns das vereinte Europa gepriesen. Doch schon heute hat die gemeinsame Europapolitik der Monopole den Werktätigen manche faule Frucht beschert. Auf EG-Ebene wurde die Kohlenkrise gemanagt mit dem Ergenis, daß im Zuge des Zechensterbens Hunderttausende von Arbeitsplätzen vernichtet wurden. Dasselbe passiert gegenwärtig im Stahlbereich Massenentlassungen, Steigerung der Arbeitshetze, Produktionserhöhung. Steigerung der Profite auf der einen Seite — Arbeitsplatzvernichtung, Lohnraub, Staub und Hitze auf der anderen.

Das ist das Europa, das am 10. Juni zur Wahl steht, das Europa der Monopole. Alle Parteien haben an dieser Politik mitgearbeitet. Und jetzt wollen sie uns am 10. Juni zur Urne lotsen, um dieser arbeiterfeindlichen EG noch das Etikett des Volkswillens umhängen zu können.



Das Europa der Monopole bedroht alle Schichten der Werktätigen. Im Mai 1978 blockierten Ostseefischer mit ihren Kuttern die Kieler Schleuse zum Nordostsee-Kanal.

Besonders empörend ist, daß Leute wie Vetter, Loderer und Hauenschild den Namen der westdeutschen Arbeiterschaft, den Namen von Millionen westdeutscher Gewerkschafter auf das übelste mißbrauchen, um als Wahlkampfzugpferde die Werktätigen über die tatsächliche Rolle der EG zu täuschen, um als Lockvögel der Unternehmer zu posieren!

Ansonsten erweisen sich die Wahllisten der Parteien als wahre Rumpelkammer ausgedienter und aus dem Tagesgeschäft abgeschobener Politiker von Brandt bis Goppel. Prompte Antwort des vielzitierten Volksmunds: „Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa!"

Es ist eine ungeheure Provokation für uns Deutsche und die Völker Europas, daß Rechtsradikale und Faschisten wie der Kaisersproß Otto von Habsburg und die KZ-Wächterin Hildegard Lächert für Westdeutschland kandidieren.

Die KPD/ML ruft euch auf: **Erteilt diesem Schwindel am 10. Juni die einzig richtige Antwort. Boykottiert die Wahl zum Europaparlament der Monopole!**

Arbeitslose zu Freiwild erklärt!

Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz verabschiedet

„Verbesserungen für Arbeitslose", das schreibt die bürgerliche Presse zu der Verabschiedung einer Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz. Angeblich soll die Vermittlung von älteren Arbeitskräften, längerfristigen Arbeitslosen, Behinderten und Frauen verbessert werden.

Was diese Novelle vor allem bringt, das ist die „Zumutbarkeitsklausel". Danach wird in Zukunft von Arbeitslosen unter Umständen verlangt, daß sie eine Arbeitsstelle weit weg von ihrem Wohnort annehmen müssen, selbst wenn sie dadurch nur an den Wochenenden nach Hause kommen könnten.

Diese unverschämte Zumutung versuchte der FDP-Abgeordnete Dieter-Julius Cronenberg mit folgenden demagogischen Sprüchen zu rechtfertigen: „Niemand kann verlangen, daß ein Familienvater aus dem Bayrischen Wald, der als Bauarbeiter während der Woche in München arbeitet, Beiträge zahlt, damit ein junger Mann aus dem Nachbarort, der nicht bereit ist, auswärts zu arbeiten, Arbeitslosengeld bekommt."

Hier sollen die einen gegen die anderen ausgespielt werden, um die Lasten der Arbeitslosigkeit auf alle Werktätigen abwälzen zu können. Währenddessen aber werden aus den Beiträgen der Werktätigen zur Arbeitslosenversicherung Milliarden als „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen" den Unternehmern in den Rachen geworfen. Die „Zumutbarkeitsklausel" muß vom Tisch!

Rekordpreise bei Heizöl und Benzin

Raubzug der Ölkonzerne

Die Preise für Heizöl und Benzin erreichten in der letzten Woche Rekordmarken. Die Ölkonzerne erzielen Rekordprofite.

Am vergangenen Freitag mußte auf der Autobahntankstelle Hösel zwischen Köln und Oberhausen für einen Liter Superbenzin bereits über 1.14 Mark bezahlt werden. Heizöl kostete ohne Mehrwertsteuer teilweise bereits über 60 Pfennig pro Liter.

Dabei ist die Preisexplosion noch nicht zu Ende. Der Chef der VEBA Oel AG Gelsenkirchen, Fritz Oschmann, kündigte für die kommenden Monate weitere Preiserhöhungen an, da, wie er sagte, die Benzinpreiserhöhungen die Verteuerung des Erdöls noch nicht voll widerspiegelten. Die alte Leier! Ihre eigene Profitpolitik suchen die Ölmultis den Ölförderländern in die Schuhe zu schieben!

Die Profite, die die Ölkonzerne durch ihre Preispolitik den Werktätigen aus der Tasche ziehen, sind gigantisch. „Es kann kein Zweifel daran bestehen", schreibt die Kapitalistenzeitung „Handelsblatt", daß das Jahr 1979 mit hoher Wahrscheinlichkeit das beste Jahr seit 1974, dem Beginn der Ölkrise und der Krise in der deutschen Mineralölwirtschaft, wird."

Gegen den Raubzug der Ölkonzerne, die ihr Monopol auf dem Gebiet der Ölversorgung schamlos in die Waagschale werfen, unternimmt der kapitalistische Staat natürlich nichts. Das Kartellamt lehnte es ab, gegen die hohen Preise an den Autobahntankstellen vorzugehen. Denn die Preise — so das Kartellamt — seien auf eine „ungewöhnliche Versorgungslage", nicht aber auf einen „Monopolmißbrauch" zurückzuführen. (Siehe auch Seite 2: „Preistreiberei der Ölmultis").

Bergbau: Ausbeutung verschärft

Wie das Statistische Bundesamt mitteilte, waren im März 1979 in den Betrieben des Bergbaus 0,1 Prozent weniger Arbeiter beschäftigt als im März 1978. Im gleichen Zeitraum aber nahmen die geleisteten Arbeitsstunden um 3,8 Prozent, der Gesamtumsatz der Bergbaubetriebe gar um 12,9 Prozent zu.

Türkei: Ausverkauf an Imperialisten

Das sogenannte Türkei-Konsortium hat in Paris beschlossen, der Türkei eine „Soforthilfe" von 906 Millionen Dollar zu gewähren. Dies ist ein weiterer Schritt im Ringen der westlichen Imperialisten, die von einer Wirtschaftskrise geschüttelte Türkei wirtschaftlich voll unter ihre Kontrolle zu bringen.

Zweitgrößter Geldgeber des „Konsortiums" ist die Bundesrepublik. Sie setzt 200 Millionen Dollar ein. Die USA beteiligen sich mit 250, Japan und Frankreich mit je 70, Italien mit 40 und England mit 30 Millionen Dollar. Die Aktion des Türkei-Konsortiums ist nicht die einzige Maßnahme. Die Weltbank will mit 150 Millionen Dollar in die türkische Wirtschaft einsteigen, ein weiteres internationales Bankenkonsortiums bietet der Türkei eine Anleihe von 400 Millionen Dollar an. Im Gespräch ist weiter eine „Sonderaktion der EG" im Umfang von 400 Millionen Dollar. Nach offiziellen Angaben hat die Türkei bereits heute Auslandsschulden in Höhe von 19 Milliarden Dollar.

Proteste gegen Eurokandidaten der CDU

Die Proteste gegen den CDU-Bundestagsabgeordneten und CDU-Spitzenkandidaten für das EG-Parlament, Jahn, nehmen auch international zu. Nach Protesten aus Frankreich und Belgien ist die Kandidatur Jahns nun sogar von einer niederländischen christdemokratischen Gruppierung angegriffen worden. Jahn hatte sich im Dritten Reich als rassistischer Hetzer betätigt.

Bischof Muzorewa „im Amt"

3 600 Zivilisten wurden in Rhodesien ermordet, als die schwarze Bevölkerung mit Gewalt zur „Wahl"-Urne getrieben wurde. Jetzt trat Bischof Muzorewa, die schwarze Marionette der weißen Rassistenclique, sein „Amt als neuer Ministerpräsident" an.

In seinem Kabinett sind neben 13 schwarzen Ministern fünf weiße Vertreter, unter ihnen der Rassistenchef Ian Smith, als „Minister ohne Geschäftsbereich".

In Wahrheit regiert nach wie vor die alte Rassistenclique. Das ist auch der Grund, warum sich die Patriotische Front nicht an diesen Wahlen beteiligt hat und nach wie vor den bewaffneten Kampf gegen die Smith-Clique führt.

Währenddessen schicken sich die imperialistischen Mächte an, die neue Marionettenregierung faktisch anzuerkennen. „Die erste schwarze Regierung in Rhodesien", mit diesen Parolen wollen sie Muzorewas Kabinett hochjubeln und über die Tatsache hinwegtäuschen, daß der schwarze Bischof und seine Minister Verräter an der Sache des Volkes von Simbabwe sind. So unterlaufen sie den Befreiungskampf des Volkes von Simbabwe. Auch afrikanische Länder wie Tansania und Nigeria warnten davor, die Muzorewa-Regierung anzuerkennen.

Nicaragua

Neue Offensive des Volkes

In einer neuen revolutionären Welle stürmt das Volk von Nicaragua gegen das verhaßte faschistische Regime des Diktators Somoza an. Am letzten Freitag führten Freiheitskämpfer bereits bewaffnete Aktionen in der Hauptstadt Managua durch.

Seit Anfang letzter Woche nimmt, unterstützt von der Bevölkerung, die neue Großoffensive der Guerillas der Sandinistischen Befreiungsfront immer größere Ausmaße an. In den Städten werden Barrikaden errichtet. Mitte der letzten Woche griffen die Freiheitskämpfer eine Reihe von Militärgarnisonen an. Ende der Woche wurden aus sechs Regionen Nicaraguas schwere Kämpfe gemeldet, unter anderem aus den Bergbauzentren Bonanza, La Rosita und Sinna. Am Freitag griffen die Kämpfe auf die Hauptstadt Managua über; es kam zu Gefechten zwischen jeweils 20 bis 30 Mann starken Guerillatrupps und Polizeieinheiten. Für Montag dieser Woche haben die Freiheitskämpfer den Generalstreik ausgerufen. — Der begeisternde Kampf des nicaraguanischen Volkes ist ein Beweis, daß auch durch blutigen Terror der Freiheitswille eines Volkes nicht zerstört werden kann. Im Herbst 1979 hatte das Somoza-Regime das aufbegehrende Volk mit ungeheurem weißen Terror niedergedrückt.

Gegen das Volk setzt die Nationalgarde Somozas Düsenbomber, Raketenwerfer, Schnellboote ein. Somozas Sohn ist nach Kansas/USA geflogen, um über den Kauf neuer Bomber zu verhandeln. Die USA stützen das faschistische Regime mit Waffenlieferungen und jährlichen Subventionen von 20 Millionen Dollar.



Der Freiheitsdrang des Volkes von Nicaragua ist nicht zu brechen.

Kommentar

Rettung aus den bayrischen Bergen?

Vor den Toren Stalingrads hat er gestanden, der Wehrmachtsoffizier Franz Josef Strauß. Blutenden Herzens mußte er erleben, wie die größenwahnsinnigen Pläne des deutschen Imperialismus am gewaltigen Sperrfeuer der legendären „Stalin-Orgeln" scheiterten. Als das „Tausendjährige Reich" in Schutt und Asche versank und Millionen von Werktätigen in unvorstellbarem Elend hinterließ, begann die politische Karriere des fanatischen Antikommunisten aus Bayern. Von Anfang an verspürte er die Berufung, tatkräftig das Wiedererstarken des deutschen Imperialismus zu betreiben.

1945 ließ er sich von seinen neuen Verbündeten, den amerikanischen Besatzertruppen, in Westdeutschland zum stellvertretenden Landrat von Schöngau machen; er gehörte zu den Gründungsmitgliedern der reaktionären CSU. Folgerichtig zählte er auch zum exklusiven Kreis der „Männer der ersten Stunde", die in enger Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Monopolkapital die Spaltung der deutschen Nation betrieben. Von Anfang an bekleidete er verantwortungsvolle Posten im Adenauer-Kabinett.

Strauß, ein wahrer Meister der politischen Lüge und des Volksbetrugs, der 1949 noch verkündete: „Wer noch einmal ein Gewehr in die Hand nehmen will, dem soll die Hand abfallen", wurde 1956 Kriegsminister und somit einer der zentralen Figuren der westdeutschen Wiederaufrüstung.

Zusammen mit Herbert Wehner gehört er zu den Architekten der Großen Koalition und hat tatkräftig bei der Ausarbeitung, den Beratungen und der Verabschiedung der berüchtigten Notstandsgesetze mitgearbeitet.

Er verfügt über ausgezeichnete Beziehungen zu Faschisten und Reaktionären in aller Welt. Vom Rassisten-Regime in Südafrika bis zur Terrorjunta in Chile erstrecken sich seine freundschaftlichen Beziehungen, und er ist in diesen Ländern ein gern gesehener Gast.

Im Gegensatz zu anderen westdeutschen Politikern wie etwa Schmidt oder Brandt hat er sich nie sonderlich bemüht, die revanchistischen Pläne der westdeutschen Imperialisten hinter wohltönenden Phrasen von „Entspannung" oder „Neuer Ostpolitik" zu verstekken. Er propagierte offen die „alte Ostpolitik" der Monopole, die Rückeroberung der „deutschen Ostgebiete". Er, der nebenbei auch politischer Literat ist, schreibt in seinem Buch „Entwurf für Europa": „Jeder Europäer muß das Recht haben, seine Heimat in einem freien und rechtstaatlichen Europa, **das vom Atlantik bis zum Schwarzen Meer reicht**, frei zu wählen." (Hervorhebung von der Redaktion)

Die Ansicht, daß ein Mann vom Kaliber eines Franz Josef Strauß sich um den Kanzlerposten in Bonn bewirbt, ist ein deutliches Alarmsignal.

Viele sagen, der Strauß, dieser Reaktionär, wird ja sowieso nicht gewählt. Das mag für 1980 zutreffen. Aber das ist das Problem nicht. Zur Zeit gibt es in Westdeutschland verschiedene Kreise oder Gruppierungen mit reaktionärer bis faschistischer Gesinnung. Dazuzurechnen sind Teile der CDU/CSU und ihrer Wählerschaft, die verschiedenen Landsmannschaften, der Anhang der „Nationalzeitung", die HIAG, die diversen neonazistischen Gruppen und Grüppchen etc.

Die Kanzlerkandidatur von Strauß birgt die Gefahr in sich, daß diese heute noch relativ zersplitterte, offen reaktionäre bis faschistische Bewegung vereinheitlicht wird, daß Strauß ein Kristallisationspunkt werden kann, auf den sich alle Ultrarechten und Faschisten vereinheitlichen können und so zu einer Gefahr für das ganze Volk werden können. Das sind — unabhängig von Wahlsieg oder Niederlage eines etwaigen Kanzlerkandidaten Strauß — die tatsächlichen Gefahren, die ins Haus stehen.

Angesichts der sich verschärfenden Klassenkämpfe im nationalen wie im internationalen Maßstab, angesichts der Tatsache, daß der Imperialismus sich immer mehr in seiner weltweiten Krise verstrickt und sein Untergang naht, fühlt Strauß die Berufung, in Bonn die Verantwortung zu übernehmen. „Wenn einmal die deutsche Politik verflacht, kommt die Rettung aus den bayrischen Bergen", sagte er einmal. Unwillkürlich denkt man dabei an den Gefreiten aus den Bergen Österreichs, der ähnliche Gelüste verspürte. Strauß drängt an die Macht, für alle Antifaschisten ein Signal, die Reihen zu schließen und den Kampf gegen Reaktion und Faschismus breiter und machtvoller fortzusetzen.

Verhindert ein neues '33!

Stoppt den Vormarsch des Faschismus!

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79600 — 461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlev Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Preistreiberei der Ölmultis

Vernichtungsfeldzug gegen die „Freien"

In der letzten Woche mußten für Benzin und Heizöl neue Rekordpreise gezahlt werden: für den Liter Superbenzin bis zu 1,14 Mark, für Heizöl teilweise 60 Pfennige ohne Mehrwertsteuer pro Liter. Das Geschäft der Ölmultis blüht. Gleichzeitig mußten weitere sogenannte Freie Tankstellen schließen.

Die Ölmultis begründen die Preistreiberei mit angeblicher Knappheit auf dem Rohölmarkt und angeblich starken Preissteigerungen für Rohöl seitens der Erzeugerländer. Ein Blick auf die wirklichen Preis- und Marktverhältnisse aber straft die Ölmultis Lügen.

Infolge der starken Dollarabwertung und der damit verbundenen Inflation sind die Rohölkosten für die großen Ölkonzerne sogar noch gefallen. Nachdem der Heizölpreis im April 1977 einen Höchststand von 250 Mark pro Tonne erreicht hatte, fiel er infolge der Dollarabwertung so rapide, daß er im April 1979 mit 246 Mark pro Tonne trotz Preissteigerung noch nicht den Stand von 1977 erreicht hatte. Die Entwicklung beim Heizöl beweist ebenfalls die Preistreiberpolitik der Großkonzerne: Während seit dem letzten Jahr die Einstandspreise für Rohöl um rund 15 Prozent stiegen, wurde das leichte Heizöl im gleichen Zeitraum um 80 Prozent verteuert.

Auch die angebliche Knappheit erweist sich als Schwindel. Die Rohölimporte der Bundesrepublik lagen im ersten Vierteljahr 1979 mit 25,9 Millionen Tonnen um 17,5 Prozent über dem Vorjahresstand. Die OPEC-Länder haben nach Angabe ihres Sprechers Janabi im gleichen Zeitraum ihre Produktion gegenüber dem ersten Quartal 1978 erheblich gesteigert. Die Unternehmer-Zeitschrift „Wirtschaftswoche" schreibt: „Öl ist genug vorhanden. In Rotterdam sind die Lager übervoll. Auch die deutschen Ölgesellschaften sehen keine Versorgungsprobleme." Nach Angaben der „Wirtschaftswoche" warten in Rotterdam 400 000 bis 500 000 Tonnen Öl auf ihre Käufer.

„Die Gunst der Stunde", das von ihnen angeheizte Klima der Energieversorgungshysterie nutzend, bereichern sich die Ölkonzerne unermeßlich. Der Zuwachs ihrer ausgewiesenen Gewinne lag im ersten Quartal 1979 bei 50 Prozent. Einige Firmen verdreifachten gar ihren Gewinn.

Der Raubzug der Ölkonzerne auf die Taschen der Werktätigen ist gleichzeitig ein Feldzug gegen die Konkurrenz der Freien Tankstellen und Freien Heizölhändler. Die „Freien" — das sind die Benzin- und Heizölhändler, die ihre Ware über den freien Markt in Rotterdam beziehen. Allein von den Freien Tankstellen haben in den letzten Wochen nach Angaben Kaeppeles, des Vorstandsmitglieds des Bundesverbandes Freier Tankstellen, 35, nach anderen Angaben bereits 80 geschlossen. Die Freien Tankstellen hatten in der Bundesrepublik einen Marktanteil von 25 Prozent erobert, indem sie die Preise der sogenannten Markentankstellen um bis zu 12 Pfennige pro Liter unterboten hatten.



Während nun in Rotterdam die Lager voll sind und der Rohölpreis noch nicht den Stand von 1977 erreicht hat, gibt es für die Freien Händler heute faktisch kein Öl, kein Benzin, kein Heizöl mehr zu kaufen. Die Preise sind so hoch, daß für viele Tankstellen der Einkaufspreis über dem Verkaufspreis liegt.

Die Erklärungen für diese Situation in der Presse sind widersprüchlich. Da ist einmal von einem Ausbleiben entsprechender Öltransporte für den Freien Markt in Rotterdam die Rede. Da werden die USA genannt, deren Regierung mit ihrer Subventionierung der Ölimporte das Startzeichen für ein Leerfegen des freien Ölmarkts gegeben hätte. Dem allen entgegen aber steht die Tatsache der Überfüllung der Lager.

Die wahre Ursache für die rapide Ölpreisverteuerung auf dem freien Markt scheint uns jedoch zu sein, daß die Ölmultis diesen Markt vollständig unter ihre Kontrolle genommen haben. Der OPEC-Sprecher Janabi bestätigt dies, indem er die Ölmultis beschuldigt, das Öl zum offiziellen OPEC-Preis von 16 Dollar aufgekauft und zu Spotmarktpreisen von bis zu 30 Dollar pro Barrel weiterverkauft zu haben. Dadurch haben die Ölkonzerne den Preis am freien Markt so hoch getrieben, daß das reichlich vorhandene Öl für die „Freien" hier unerschwinglich geworden ist. Woanders aber können die „Freien" nicht einkaufen, da alle anderen Ölvorräte von den Ölmultis kontrolliert werden.

Händereibend beobachten die großen Ölkonzerne nun den Untergang des lästigen Konkurrenten. Der Shell-Sprecher Hans E. Hanky bemerkte sarkastisch: „Wer bisher so schlau war, immer nur in Rotterdam einzukaufen, kann doch da weiter Kunde bleiben". Und der BP-Sprecher Werner Kuhn bemerkte zu dem Vorwurf, die Großen betrieben einen Verdrängungswettbewerb gegen die Kleinen: „Was soll's? Wettbewerb ist immer Verdrängung."

Gegen die Schlacht der Ölmonopolisten um die vollständige Kontrolle des Marktes tritt keine Kartellbehörde an. Und sind die Ölmultis erst einmal die vollständigen Herren des Marktes, dann bremst nichts mehr ihre verbrecherische Preispolitik. Ein erster Vorgeschmack sind die gegenwärtigen Preiserhöhungen.

Nazis raus aus Frankfurt
Verhindert das „Deutschland-Treffen" der NPD!

Wie kurz vor Redaktionsschluß bekannt wurde, ist das „Deutschland-Treffen" der NPD am 16. Juni in Frankfurt faktisch genehmigt worden. Die Antifaschisten rüsten sich, um dem braunen Gesindel entgegenzutreten.

Der Frankfurter Oberbürgermeister Wallmann (CDU) hatte zunächst eine Verbotsverfügung gegen das angekündigte „Deutschland-Treffen" sowie für alle Ersatzveranstaltungen erlassen. Die NPD aber hatte dagegen Klage eingereicht. Nun hat die Vierte Kammer des Verwaltungsgerichts Frankfurt entschieden, daß die Faschisten am 16. Juni zwar keine Kundgebung auf dem Römer abhalten, aber durch den Stadtteil Sachsenhausen demonstrieren dürfen. Die Genehmigung des Faschistenumzugs ist eine Herausforderung aller Antifaschisten.

Der Verbotsverfügung Wallmanns hatten die Antifaschisten von Anfang an nicht getraut. Auch im letzten Jahr am 17. Juni war die Faschistenkundgebung zunächst verboten und dann erlaubt worden. Den 3 000 angereisten Faschisten waren 5 000 antifaschistische Demonstranten militant entgegengetreten und hatten ihnen einen heißen Empfang bereitet. Die Faschisten waren durch ein massives Polizeiaufgebot vor der Empörung der Antifaschisten geschützt worden.

Auch für dieses Jahr sind mehrere antifaschistische Manifestationen angekündigt und vorbereitet worden. Das Aktionsbündnis „Rock gegen Rechts" plant für den Mittag des 16. Juni einen Sternmarsch durch die Frankfurter Innenstadt; anschließend soll auf dem Römer eine Kundgebung mit einem antifaschistischen Kulturprogramm stattfinden. Der DGB-Landesbezirk Hessen und der DGB-Kreis Frankfurt haben ebenfalls zu einer Kundgebung am 16. Juni abends auf dem Römer aufgerufen.

Die Partei begrüßt und unterstützt die verschiedenen antifaschistischen Aktivitäten zur Verhinderung des „Deutschland-Treffens" der NPD. Sie ruft die Kommunisten und Antifaschisten insbesondere auf, sich an der Kundgebung des DGB am 16. Juni, 18 Uhr zu beteiligen.

Habsburg und MSI

Über die braunen Aktivitäten des habsburgischen Kaisersprosses Otto ist eine weitere bezeichnende Einzelheit bekanntgeworden. Der Führer der faschistischen Nachfolgeorganisation Movimento Sociale Italiano (MSI), Almirante, rühmte sich am vorletzten Wochenende im italienischen Fernsehen im Zusammenhang mit der bevorstehenden Europawahl seiner „Verbindungen zur CSU" und untermauerte diese Behauptung damit, daß er vor kurzem in Bayern ein Gespräch mit Otto von Habsburg geführt habe. Habsburg kandidiert auf der Europaliste der CSU.

Türkes im Land

Am vorletzten Freitag ist der türkische Faschistenführer Alparslan Türkes in geheimem Auftrag in die Bundesrepublik eingereist. Türkes ist als Führer der faschistischen Bewegungspartei MHP und der Terrororganisation „Graue Wölfe" Hauptverantwortlicher für ungezählte faschistische Mordtaten in der Türkei. Es muß vermutet werden, daß Türkes seine türkischen Gesinnungsgenossen auch hier in der Bundesrepublik zu gesteigerter Terrortätigkeit antreiben wird. Die Bundesregierung hat gegen die Einreise des Faschistenführers nichts unternommen.

Türkische Faschisten — raus!

„Graue Wölfe" überfielen Kollegen

Am 17. Mai wurde in Bremen der türkische Arbeiter Baki Kacis von zwei türkischen Faschisten, Anhängern der „Grauen Wölfe" überfallen und krankenhausreif geschlagen. Kacis ist Arbeiter auf der Vulkan-Werft. Er hatte sich in einer Diskussion für den 1. Mai als Kampftag der Arbeiterklasse ausgesprochen. Die beiden Faschisten hatten ihn seither bedroht und verfolgt. Am 17. Mai stellten sie ihn schließlich vor einem Wohnheim und schlugen mit der Bemerkung: „Die Zeit der Abrechnung ist gekommen" auf ihn ein.

Reaktor Karlsruhe kaputt

Der seit Anfang März im Probebetrieb arbeitende neue Kernreaktor Philippsburg I bei Karlsruhe muß bereits im kommenden Jahr wieder für 14 Monate abgeschaltet und für über 50 Millionen Mark repariert werden. An dem Reaktor müssen alle vier Speisewasserleitungen ausgewechselt werden. Ein neues Beispiel für die „Sicherheit" und „Billigkeit" des Kernreaktorbetriebs.

Zitat der Woche

„Spontane Äußerungen von Soldaten nach der Veranstaltung, von denen mir berichtet worden ist, lassen erkennen, daß die Störaktionen mit dazu beigetragen haben, daß viele Soldaten die Notwendigkeit ihres Dienstes in einem neuen Licht sehen."

(Bundesminister Apel in einem Brief an den Dortmunder Oberbürgermeister Samtlebe nach der öffentlichen Vereidigung von Bundeswehrrekruten, die von empörten Dortmunder Bürgern gestört worden war.)

Keine Stimme für das Europa der Monopole!

Der westdeutsche Imperialismus

In Europa am größten

Für die westdeutschen Imperialisten war die Europäische Gemeinschaft von Anfang an ein Mittel, um nach dem verlorenen zweiten Weltkrieg wieder zu einer europäischen Großmacht zu werden. Bereits 1960 hatte das „Handelsblatt“ als Sprachrohr des westdeutschen Finanzkapitals offen und unverhüllt verkündet: „Heute sollte es in Europa sonnenklar sein, wer die potenten Nationen sind, welche allein die Zukunft Europas bestimmen.“ „Die Zukunft Europas bestimmen“ — diesem Ziel sind die westdeutschen Imperialisten inzwischen sehr nahe gekommen. Gestützt auf seine ökonomische Stärke versucht der westdeutsche Imperialismus den Ländern Europas seine Politik aufzuzwingen, versucht er, die Völker Europas den aggressiven und räuberischen Interessen der deutschen Monopole zu unterwerfen.

Die Europäische Gemeinschaft ist keine Union gleichberechtigter Partner, wie uns die bürgerlichen Parteien glauben machen wollen. In ihr machen die Mächtigsten das Gesetz, und zwischen ihnen findet ein ständiger Kampf um die Macht und den größten Einfluß statt. Wie Macht und Einfluß in der EG verteilt sind, hängt letzten Endes von der ökonomischen Kraft, von der Stärke des Kapitals der Beteiligten ab, und anders kann es unter kapitalistischen Verhältnissen auch nicht sein. Betrachten wir unter diesem Gesichtspunkt die Stellung des westdeutschen Imperialismus innerhalb der EG.

• 1952 wurde die Montanunion als Vorläufer der EWG gegründet. Mit ihrer Gründung war der Weg für die deutschen Kohle- und Stahlmonopole frei, sich wieder auf die Beine zu stellen und auszudehnen. Die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens, die eine Entflechtung der deutschen Monopole als der Hauptschuldigen des zweiten Weltkrieges vorsahen, wurden skrupellos gebrochen. Innerhalb von zehn Jahren genehmigte die Hohe Behörde der Montanunion 79 Zusammenschlüsse von Unternehmen, davon allein 46 in der Bundesrepublik. Im gleichen Zeitraum wurde die Bildung von 32 Kartellen genehmigt, davon allein 18 in der Bundesrepublik.

• 1962, vier Jahre nach der Gründung der EWG, wurde in der Bundesrepublik 45 Prozent der gesamten Industrieproduktion der EWG erzeugt. In diesem Jahr produzierten die westdeutschen Monopole 46 Prozent des in der EWG erzeugten Stahls, 40 Prozent des Zements, 42 Prozent der Energie und 51 Prozent aller Kraftwagen. Durch den Beitritt Britanniens, Irlands und Dänemarks ist der Anteil der Bundesrepublik an der Gesamtproduktion etwas gesunken, hat aber 1978 immer noch 35 Prozent betragen. Erst in weitem Abstand folgen Frankreich mit 23 Prozent, Britannien mit 17 Prozent und Italien mit 13 Prozent.

• 1978 waren die westdeutschen Monopole die zweitgrößten Steinkohleerzeuger (nach Britannien) in der EG, produzierten sie fast ein Drittel des gesamten Roheisens und Rohstahls.

• Die westdeutschen Monopole stehen in der Aluminiumproduktion nach den USA, Japan und der Sowjetunion an vierter Stelle in der Welt. Die Chemiemultis Bayer, BASF, Hoechst und andere stehen in der Produktion von Kunststoffen und phamazeutischen Erzeugnissen an zweiter Stelle in der Welt und in der Produktion von synthetischem Kautschuk an dritter Stelle.

• Die Elektrokonzerne der Bundesrepublik stehen in der Herstellung von integrierten Schaltkreisen an dritter Stelle in der Welt. Und diese Liste ließe sich beliebig weiter fortsetzen.

• In allen imperialistischen Ländern spielen die Banken eine entscheidende Rolle. Auch hier stehen die westdeutschen Imperialisten in Westeuropa an erster Stelle: Unter den 20 größten Banken (nach der Summe der Einlagen einschließlich aller Beteiligung über 50 Prozent) finden wir sechs westdeutsche, vier französische und nur zwei britische Banken.

• Gehen wir zu den multinationalen Gesellschaften über. Hier finden wir (1975) unter den 20 größten nichtamerikanischen Unternehmungen sieben westdeutsche, vier britische und drei französische.

• Die Bundesrepublik verwirklicht fast ein Drittel aller Exporte der EG und kann als einziges Land einen hohen Exportüberschuß aufweisen, während andere Länder, vor allem Britannien, Frankreich und Italien seit Jahren empfindliche Defizite aufzuweisen haben. Interessant ist dabei, daß 1977 von allen aus der Bundesrepublik exportierten Waren fast die Hälfte in Länder der EG gegangen sind.

• Ähnlich verhält es sich mit dem Kapitalexport. Die Bundesrepublik ist bei weitem der größte Kapitalexporteur der EG. Im Jahr 1976 belief sich die Summe des aus der Bundesrepublik exportierten Kapitals auf rund 60 Millionen Mark. Davon gingen rund 20 Millionen Mark in Länder der Europäischen Gemeinschaft.

Die Erleichterung des Waren- und Kapitalverkehrs innerhalb der EG ist also vor allem den westdeutschen Monopolen zugute gekommen, die den Markt der Länder der Europäischen Gemeinschaft mit ihren Erzeugnissen überschwemmen und sich immer stärker an der Ausbeutung und Ausplünderung der Völker beteiligen.

Gestützt auf seine ökonomische Kraft tritt der westdeutsche Imperialismus entsprechend arrogant auf. Auf den Konferenzen der EG und ihrer verschiedenen Gremien erteilen die Vertreter Bonns den anderen Ländern Zensuren, drohen mit der Streichung irgendwelcher Gelder, um Druck auszuüben, und verlangen von den Regierungen der Mitgliedsländer der EG vor allem immer wieder, ihre „Verhältnisse in Ordnung zu bringen“, sprich, die Ausbeutung der Arbeiter und übrigen Werktätigen zu verschärfen und deren Kämpfe stärker zu unterdrücken.

Gestützt auf seine ökonomische Kraft arbeitet der westdeutsche Imperialismus zielstrebig an der Verwirklichung seiner revanchistischen Träume, die bereits 1952 von Adenauer so formuliert wurden: „Wir werden Berlin und den deutschen Osten nicht wiedergewinnen als über ein vereintes Europa.“

Kampf gegen die EG heißt deshalb auch Kampf gegen das Vorherrschaftsstreben des westdeutschen Imperialismus, gegen seine revanchistische und räuberische Politik, die für die Völker Europas große Gefahren heraufbeschwört.

Die Europäische Gemeinschaft

Neokolonialistische Großmacht

Die Europäische Gemeinschaft ist heute eine Großmacht, die mit anderen imperialistischen Mächten um die Aufteilung der Welt konkurriert. Nicht nur die Völker Europas, sondern auch die Afrikas, Asiens und Lateinamerikas sehen sich in wachsendem Maße von den Imperialisten des „vereinten Europa“ ausgeplündert und ausgebeutet.

1976 trat das Abkommen von Lomé in Kraft, mit dem sich 46 Länder Afrikas, der Karibik und des Pazifiks mit den Monopolen der Europäischen Gemeinschaft verbanden. Dieses Abkommen wurde von den europäischen Imperialisten ebenso wie von den chinesischen Revisionisten als großer Fortschritt im Hinblick auf die Verwirklichung einer „neuen, gerechteren Wirtschaftsordnung“ gepriesen. Die Kernpunkte des Abkommens zeigen jedoch recht deutlich, daß es hier keineswegs um „Gerechtigkeit“, sondern um die Schaffung einer fest mit der EG verbundenen Zone geht, in der die westeuropäischen Imperialisten sich vertraglich das Recht auf ungehinderte Ausplünderung der Völker haben zu sichern.

So garantiert das Abkommen von Lomé den EG-Imperialisten das Recht, Kapital in die Vertragsländer zu exportieren, also dort Zweigstellen der Multis und großen Monopole zu errichten. Gleichzeitig enthält das Abkommen Schutzklauseln gegen eine mögliche Nationalisierung oder sogar Enteignung.

Auf der anderen Seite verpflichtet das Abkommen von Lomé die Vertragsländer, einen bestimmten Teil ihrer Rohstoffe und Halbfertigwaren zu festgelegten Preisen in die EG-Länder zu exportieren. So wickeln heute allein die afrikanischen Länder durchschnittlich 60 Prozent ihrer Exporte mit der EG ab. Diese Abhängigkeit wird noch dadurch verstärkt, daß zwischen 70 und 98 Prozent der Exporterlöse von nur drei Erzeugnissen stammen. Ähnliche Verträge wie das Abkommen von Lomé hat die EG 1977 auch mit Ägypten, Syrien und Jordanien abgeschlossen. Ziel dabei ist es, daß Mittelmeer zu ihrem Einflußgebiet zu machen.

Welchen Sinn die Assoziierungsverträge wirklich haben, darüber gab schon 1958 der bürgerliche Publizist K. Haesele in seinem Buch „Europas letzter Weg“ offen Auskunft. Er schrieb damals: „Mit der Assoziierung der Gebiete Afrikas aber erhält Europa seine überseeischen Ergänzungsräume und ein Investitionsgebiet, das seiner Kapitalexpansion neue Wege öffnet.“

In der Tat, die Völker der Länder, deren Regierungen sich mit den Imperialisten der EG verbunden haben, haben sehr schnell gemerkt, daß ihnen diese Verbindung keine größere Freiheit und Unabhängigkeit gebracht hat. Man hat ihnen vielmehr eine neue Schlinge um den Hals gelegt. Die Europäische Gemeinschaft ist nicht nur ein Feind der Völker Westeuropas, sondern auch ein Feind der Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

Das Europaparlament

Eine schöne Versammlung

Rund 140 Millionen Mark aus unseren Steuergeldern werden die bundesdeutschen Parteien für den Europawahlrummel kassieren. Ein großer Teil dieses Geldes wird dazu ausgegeben, die Wähler mit allen Mitteln der modernen Werbetechnik überhaupt an die Urne zu locken. Denn eines liegt allzu offen auf der Hand. Das, was am 10. Juni gewählt wird, ist selbst nach bürgerlichen Maßstäben gemessen kein Parlament, sondern, wie es der Schweizer Politologe Alois Riklin ausdrückte, „ein Musterbeispiel von Scheinparlamentarismus und Scheindemokratie“.

Das europäische „Parlament“ hat keine Befugnisse, Gesetze zu verabschieden. Es hat nicht einmal das Recht, Gesetze vorzuschlagen. Dieses Recht liegt bei der Europäischen Kommission. Verabschiedet werden europäische Gesetze und Verordnungen durch den Ministerrat (in ihm sitzen die Minister der EG-Mitgliedsländer). Der Ministerrat ist nicht verpflichtet, Stellungnahmen und Empfehlungen des „Europaparlaments“ zu beachten. Das „Europaparlament“ hat nicht das Recht, völkerrechtliche Verträge abzuschließen. Auch dieses Recht liegt beim Ministerrat.

Das „Europaparlament“ hat schon gar nicht das Recht, die Mitglieder der Europäischen Kommission zu ernennen. Sie werden von den Regierungen der Mitgliedsländer ernannt. Das „Europaparlament“ hat wohl das Recht, durch einen Mißtrauensantrag, der von zwei Dritteln der Abgeordneten unterstützt wird, die Kommission zum Rücktritt zu zwingen. Allerdings können die Mitglieder der Kommission sofort wieder von den Regierungen neu ernannt werden.

Auch ansonsten hat das „Europaparlament“ keinerlei Kontrollbefugnisse gegenüber der Kommission und schon gar nicht gegenüber dem Ministerrat.

Das europäische „Parlament“ hat auch kein Recht, über den Haushalt der EG zu beschließen. Den Haushalt der EG beschließt der Ministerrat. Die Abgeordneten haben lediglich das Recht, über maximal 5 Prozent der Ausgaben der EG zu beschließen. Das werden 1979 rund 1,5 Milliarden Mark sein. Mit einem Wort: Das europäische „Parlament“ hat überhaupt keinerlei Rechte und Befugnisse.

Dafür ist es aber teuer. Allein 1978 kostete der Unterhalt des europäischen „Parlaments“ den Steuerzahler rund 260 Millionen Mark. Und das bei nur 198 Abgeordneten. In Zukunft werden die Werktätigen jedoch für 410 Abgeordnete zur Kasse gebeten.

Zitieren wir zum Abschluß den damaligen französischen Ministerpräsidenten Jacques Chirac, der am 9. April 1977 offen aussprach, was die Bourgeoisie über das „Europaparlament“ denkt:

„Ich“, sagte er, „habe nichts dagegen, daß man das europäische Parlament wählt, unter der Bedingung jedoch, daß diese Versammlung keinerlei Befugnisse erhält. Denn diese Versammlung von unverantwortlichen Schwätzern wird die Dinge nicht vorantreiben.“

Wahlboykott am 10. Juni! Keine Stimme dem Europa der Monopole!



AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

„Neue Arbeitskampftaktik" der IG-Metall-Führung:

In Zukunft soll noch weniger gestreikt werden

„IG Metall auf neuem Kurs"; „neue Arbeitskampftaktik der IG Metall" — unter diesen und ähnlichen Überschriften berichtete die Presse in der letzten Zeit wiederholt über die Ergebnisse einer Klausurtagung des IGM-Vorstandes, die bereits Ende März in Braunlage/Harz stattfand. Die IGM-Führer selbst stellen vor allem zwei Elemente dieser — wie sie sagen — „neuen Beweglichkeit" in der Tarifpolitik in den Vordergrund: den gezielten Einsatz von Warnstreiks sofort nach dem Auslaufen der Tarifabkommen und nicht erst nach dem Scheitern der Schlichtung und die verstärkte Durchführung von Solidaritätsstreiks außerhalb des betreffenden Tarifbezirks.

Gewerkschaftliche Warnstreiks sofort nach dem Auslaufen des Tarifabkommens setzen voraus, daß die Friedenspflicht während der Tarifverhandlungen und der automatischen Schlichtung, die im Schlichtungsabkommen von 1964 festgelegt ist, abgeschafft wird. Und genau dafür, so erklärte etwa Eugen Loderer im Mai gegenüber der Presse, will sich die IGM-Führung einsetzen. Bedeutet die „neue Beweglichkeit" in der Tarifpolitik also eine Absage an die bisherige Politik der Sozialpartnerschaft? Wir werden sehen, daß das nicht der Fall ist.

Zunächst einmal sind die Erklärungen der IGM-Führer, daß sie sich — wenn auch nur in diesem begrenzten Rahmen — für die Abschaffung der Friedenspflicht einsetzen wollen, nicht so ernst zu nehmen. Denn wie immer sind die Loderer & Co. gegenüber ihren Partnern von Gesamtmetall ausgesprochen verständnisvoll. So hat IGM-Vorstandsmitglied Janßen bereits in der „Frankfurter Rundschau" erklärt, daß der Vorschlag von Gesamtmetall, die generelle Friedenspflichtregelung beizubehalten und auf dieser Grundlage einen „begrenzten Konfliktlösungszeitraum" zu vereinbaren, ein „möglicher Kompromiß" sei. Ein „Kompromiß", bei dem von einer Abschaffung der Friedenspflicht selbst in diesem beschränkten Rahmen allerdings keine Rede mehr sein kann!

Selbst unter diesen Bedingungen wäre natürlich gegen die Durchführung von gewerkschaftlichen Warnstreiks immer noch nichts einzuwenden, wenn, ja wenn sie von den IGM-Führern als Mittel zur Mobilisierung der Kollegen, als Vorbereitung auf einen geschlossenen und konsequenten Streik für die Durchsetzung der Forderungen der Kollegen gedacht wären. Genau das ist aber nicht der Fall. Im Gegenteil. IGM-Vorstandsmitglied Janßen dazu in der „Frankfurter Rundschau" vom 11.5.: *„Wir wollen nicht immer den großen Streikhammer rausholen müssen, aber auch uns nicht die Möglichkeit nehmen lassen, während laufender Verhandlungen die Arbeitgeber unter Druck setzen zu können."* Und im „Handelsblatt" vom 30. 5. erklärt Michael Kittner, der Justitiar des IGM-Vorstandes, *„Warnstreiks sollten gerade verhindern, daß es zum großen Arbeitskampf kommt."*

Wenn die Metallunternehmer also behaupten, mit der neuen Tariftaktik werde „dem Kampf Vorrang gegeben vor Verhandlungsbemühungen", so ist das, gelinde gesagt, ein Witz. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Durch den „gezielten Einsatz von Warnstreiks" will die IGM-Führung jeden wirklichen Streik, jede echte Mobilisierung, jeden entschlossenen und konsequenten Kampf in den Betrieben — und das bedeutet aber auch: jeden wirklichen Erfolg der Metaller gegen die Unternehmer — verhindern. Die „neue Beweglichkeit" in der Tarifpolitik ist keine Abkehr von der Politik der Sozialpartnerschaft und der Klassenzusammenarbeit, sondern ihre konsequente Weiterführung.

„Die Gewerkschaften müssen also immer darauf achten, daß der Arbeitgeber zwar getroffen wird, oder gepiekt wird, das darf aber nicht zu tief gehen."

(Michael Schoden, Mitglied des DGB-Bundesvorstandes, auf der Tagung der Gewerkschaft der Polizei „Polizei und Arbeitskampf", Frühjahr '78)

Als Begründung für die angebliche Notwendigkeit dieser „Tariftaktik" müssen wieder einmal die finanziellen Kosten von Streiks und Aussperrung herhalten. Nachdem die IGM-Führer bereits den Schwerpunktstreik als „billige Kampfform" gelobt haben, haben sie nun eine noch billigere gefunden: gar nicht zu streiken beziehungsweise eben nur Warnstreiks durchzuführen!

Aber es geht den Gewerkschaftsführern nicht nur ums Geld (übrigens: immerhin unsere Beitragsgelder, die wir ja nicht zuletzt im Hinblick auf Streikunterstützung einzahlen!). Sie führen auch „politische Kosten" (Janßen in der „Frankfurter Rundschau") zur Begründung für ihre neue Tariftaktik ins Feld. Gemeint ist damit, daß nach einem Urabstimmung und nach einem mehrwöchigen Streik wie etwa bei der Stahltarifrunde für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, ein Ergebnis, das den vollständigen Verrat an dieser Forderung bedeutet, natürlich eine ungleich größere Empörung unter den Gewerkschaftsmitgliedern hervorruft, als wenn es diesen Kampf in den Betrieben nicht gegeben hätte. Auch diese „politischen Kosten", die Verschärfung des Widerspruchs zwischen der Gewerkschaftsbasis und den ehrlichen Funktionären zur Gewerkschaftsführung, sollen also durch den „gezielten Einsatz von Warnstreiks" möglichst gering gehalten werden. Wie soll man diese Art der IGM-Führung, auf die massiven Kritiken vor allem des Stahlarbeitern während der letzten Tarifrunde zu antworten, anders nennen als diktatorisch?

Wir sind sicher, daß die Überlegungen der IGM-Führung über diese neue Tariftaktik auf massiven Widerstand in der Gewerkschaft stoßen und letztendlich den Prozeß beschleunigen werden, den die IGM-Führung gerade aufhalten will: Den Zusammenstoß der klassenkämpferischen Gewerkschafter gegen die Bosse und Bonzen nämlich. Denn gerade der letzte Stahlarbeiterstreik hat bewiesen, daß die Arbeiterklasse keineswegs bereit ist, die Abwälzung der Krisenlasten durch die Unternehmer kampflos hinzunehmen, der Politik der Sozialpartnerschaft und der Klassenversöhnung der Gewerkschaftsbonzen widerstandslos zu folgen. Und das wird sich in Zukunft noch deutlicher zeigen.

Weg mit der Friedenspflicht! Für Vollstreiks zur Durchsetzung der Forderungen!

Nachrichten

Investitionen und Arbeitsplatzvernichtung

Seit 1975 sind im Ruhrgebiet 80000 Arbeitsplätze vernichtet worden. Und es sollen noch viel mehr werden. Auf einer Pressekonferenz der Industrie- und Handelskammer des Ruhrgebiets in Duisburg am 17. Mai wurde bekanntgegeben, daß 64,7 Prozent von 1120 der Industrie- und Handelskammer befragten Firmen als Schwerpunkt künftiger Investitionen Rationalisierungsmaßnahmen angaben.

5600 Arbeitsplätze weniger

Allein in der Textil- und Bekleidungsindustrie Nordwest (Westfalen, Niedersachsen, Bremen, Hamburg und Schleswig-Holstein) wurden von 1977 auf 1978 5600 Arbeitsplätze vernichtet. In der Textilindustrie verringerte sich die Zahl der Beschäftigten in diesem Zeitraum von 76800 auf 73200; in der Bekleidungsindustrie sank die Zahl der Beschäftigten von 71000 auf 69000.

Müllmänner gegen Privatisierung

Mit einem Kurzstreik und einer Demonstration protestierten Ende Mai die Müllmänner in Köln gegen Pläne des Stadtrats, die Müllabfuhr zu privatisieren. Denn Privatisierung würde vor allem eins bedeuten: Rationalisierung und damit Gefährdung von Arbeitsplätzen.

Skandalöses Arbeitsgerichtsurteil

Kalte Aussperrung durch die Hoesch-Bosse für rechtens erklärt

Mehrere hundert Kollegen der Mitteleisenstraße des Werks Union waren während des Stahlarbeiterstreiks von den Hoesch-Bossen von der Arbeit „suspendiert", also faktisch ausgesperrt worden. Der Betriebsrat hatte seine Zustimmung verweigert und beim Dortmunder Arbeitsgericht eine Einstweilige Verfügung gegen diese Maßnahme beantragt. Das Gericht hatte das Mitspracherecht des Betriebsrates anerkannt und dem Hoesch-Vorstand, unter Androhung einer hohen Geldstrafe, untersagt, die „Kurzarbeit" aufrechtzuerhalten. (Im RM 1/79 berichteten wir darüber). Nun hat am 30. Mai das Landesarbeitsgericht Hamm, bei dem die Hoesch-Kapitalisten Widerspruch eingelegt hatten, die „einseitig verfügte Kurzarbeit" für zulässig erklärt (Aktenzeichen 12 TA BV 27/79).

Das Hammer Gericht folgte damit der Argumentation der Unternehmerseite, die sich in der Verhandlung auf ein gerade am Vortage bekanntgewordenes Urteil des Bundesarbeitsgerichtes (BAG) berief. Dieses Urteil in Zusammenhang mit dem Druckerstreik in Hamburg besagt, daß der Unternehmer bei Überstunden für Streikbrecherarbeiten wegen der Situation des Arbeitskampfes nicht die Zustimmung des Betriebsrates einholen muß. Denn, so die Begründung, der Betriebsrat habe sein Nein zu den Überstunden ja nur deshalb ausgesprochen, um den Streik zu unterstützen.

Diese Schlußfolgerung, nach der die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates während eines Arbeitskampfes faktisch außer Kraft gesetzt werden, machte sich nun auch der Anwalt der Hoesch-Bosse zu eigen und führte unter anderem aus: „Union stand praktisch auch im Streik (Urabstimmung, Warnstreik), und folglich konnte auch hier im Falle der Stillegung die Mitbestimmung nicht praktiziert werden, da der Betriebsrat in dieser Frage nicht unabhängig und sachlich hätte handeln können, da seine Gewerkschaft im Streik stand"; und weiter, „daß er zwar nicht der Meinung sei, daß die Mitbestimmung grundsätzlich während eines Streiks außer Kraft gesetzt sei — zum Beispiel könne der Betriebsrat über die Einrichtung einer Teestube durchaus mitbestimmen —, aber nicht bei so einer Stillegung aufgrund des Streiks."

Diese Gerichtsverhandlung hat noch einmal deutlich gemacht, wie skrupellos die Unternehmer besonders im Arbeitskampf von ihrer Macht Gebrauch machen und sich selbst über die ohnehin wenigen Mitspracherechte des Betriebsrates hinwegsetzen und dabei auch noch von den Gerichten unterstützt werden. Dieses skandalöse Urteil zeigt aber auch, wie notwendig es ist, die von der Arbeiterschaft erhobene Forderung nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung durchzusetzen. Der Union-Betriebsrat wird gegen das Urteil beim BAG Beschwerde einlegen.

Siemens/München

Rationalisierung bei den Angestellten

Wie die RGO-Nachrichten für Siemens in München vom Mai 1979 enthüllen, planen die Siemens-Kapitalisten neue Rationalisierungsangriffe auf die Angestellten: Durch die Einführung eines MTM-Bürodatensystems sollen Arbeitsplätze wegrationalisiert und die Arbeitshetze für die anderen Angestellten enorm erhöht werden.

Mit Hilfe des MTM-Datensystems wollen die Siemens-Kapitalisten praktisch den Akkord im Büro einführen. Jeder Arbeitsvorgang, sowohl bei den Sachbearbeitern als auch bei den Schreibkräften, wird in kleinste Einzelbestandteile zerlegt. Dann werden für diese einzelnen Bewegungen der Angestellten Grundzeiten ermittelt und vorgegeben. Auf diese Weise sollen die Angestellten zu schnellerer Arbeit angetrieben und Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Entwickelt wurde dieses MTM-Bürodatensystem vom REFA-Verband, dessen Vorsitzender niemand anders ist als einer der Direktoren von Siemens.

Aber die Unternehmer verfolgen mit den Arbeitsplatzbewertungen, die in den Büros durchgeführt werden, nicht nur das Ziel, durch erhöhte Arbeitsintensität Arbeitsplätze wegzurationalisieren. In Verbindung mit dem massiven Einsatz von Computern in den Büros geht es ihnen auch darum, die Arbeitsvorgänge in automatisierbare und nichtautomatisierbare zu gliedern. Wieviele Arbeitsplätze (vor allem von Sachbearbeitern) vernichtet werden sollen, ergibt sich aus einer Studie von Siemens.

In dieser Studie „Büro 1990" haben die Siemens-Kapitalisten errechnen lassen, daß 43 Prozent aller Arbeitsplätze in den Büros der Bundesrepublik automatisiert werden können. 25 bis 30 Prozent sogar vollständig. Diese nüchternen Zahlen bedeuten nichts anderes, als daß die Kapitalisten die Vernichtung von drei bis vier Millionen Arbeitsplätzen in den nächsten Jahren planen!

Kampf dem Rationalisierungsterror! Keiner einzigen Entlassung darf zugestimmt werden!

Zeitbaustein	Bezeichnung	Häufigkeit	Gesamt-TMU
a	Formblatt ein-, ausspannen, ausrichten	1	540
b	Formular umspannen		
c	Rand einseitig einstellen	1	72
d	Schlittentransport von Hand 2 - 15 cm.	5	455
e	Umschalter betätigen	7	49
f	Umschaltfeststeller betätigen		
g	Tabulator setzen und löschen		
h	Zeilenabstand einstellen		
i	Zeilenschaltung von Hand, erste Schaltung		
k	Zeilenschaltung von Hand, weitere Schaltung		
l	Zeilenschaltung elektrisch, erste Schaltung	3	30
m	Zeilenschaltung elektrisch, weitere Schaltung	12	60
n	1 Anschlag (+ eventuell Umschalter betätigen)	48	336
o	1 Wort (+ eventuell Umschalter betätigen)	8	352
p	1 Adresse (vierzeilig)		
q	Unterstreichen, Leertaste (Einzelfunktion) von Hand		
r	Unterstreichen, Leertaste (Dauerfunktion) elektrisch		
s	Tabulieren/Rückführen, bis 30 Teilungen		
t	Tabulieren/Rückführen, weitere 10 Teilungen		= 1894

MTM-Bürodatentabelle für Sachbearbeiter (unten) und für Schreibkräfte (oben). Auch die kleinste Handbewegung ist eingeplant!

Handhaben Objekte im Arbeitsbereich		Erläuterungen	TMU / Min.
Ortsveränderung		– Öffnen oder Schließen – Objekt nehmen und (oder) weglegen – Umblättern – Blatt abreißen	40 0,024
Zusammenlegen, Sortieren		– Blatt in Mappe ohne Verschluß – 7 Blätter (?) ausrichten oder 1 weiteres Blatt – Zählen pro 10, Sortieren pro 1 Blatt	85 0,050
Bearbeiten		– Aufstoßen, Falten, Lochen, Schneiden, Verbinden oder Auseinandernehmen (Büroklammer, Gummiband, Heftklammer, usw.)	100 0,06
Kennzeichnen	Erstes	– Stempel (inkl. einstellen und färben) – Etikett – Unterstreichen (Strich oder Textstelle)	160 0,100
	Weiteres	– Stempel – Strich oder Textstelle	60 0,040
Einlegen oder Herausnehmen	Erstes Blatt	– Öffnen und Schließen von Ordnungsmitteln (Deckel und Mechanik) – Blatt kuvertieren ohne falten	250 0,150
	Weitere Blätter		70 0,040

Aussperrung Verbieten!

Teil 3

200 000 Arbeiter wurden 1978 von den Unternehmern ausgesperrt; über 1,5 Millionen seit Bestehen der Bundesrepublik • Die Aussperrung ist ein reaktionärer Angriff auf das Streikrecht und die Koalitionsfreiheit der Arbeiterklasse. Eine unverhüllte und rücksichtslose Machtdemonstration der Unternehmer • Seit vielen Jahrzehnten kämpft die Arbeiterbewegung gegen die Aussperrung • Der letzte Bundeskongreß des DGB hat erneut ihr Verbot gefordert • Eine Meinungsumfrage in diesem Jahr ergab: 60 Prozent der Bevölkerung sind gegen die Aussperrung; 80 Prozent für das uneingeschränkte Streikrecht • Das ist eine eindeutige Willensbekundung unseres Volkes • Für das gesetzliche Verbot der Aussperrung!

Schleyer und die „totale Aussperrung"

1963

1963. Wirtschaftsminister Erhard ruft zum „Maßhalten" auf. Natürlich nur die Werktätigen. Sie sollen den Gürtel enger schnallen, damit die Profite der Unternehmer steigen. Für die in diesem Jahr anstehenden Tarifverhandlungen verordnet Erhard eine Lohnleitlinie von 3,5 Prozent.

Im Frühjahr 1963 stehen in praktisch allen Tarifbezirken der Metallindustrie und in vielen anderen Branchen Tarifverhandlungen an. Wie schon im Jahr zuvor, wollen die westdeutschen Unternehmer ihre Profitinteressen mit vereinter Kraft gegen die Arbeiterklasse durchsetzen: Indem in der Metallindustrie die Entscheidung auch für die anderen Branchen erzwungen werden soll; indem innerhalb der Metallindustrie die Entscheidung für alle Tarifbezirke durch faktisch zentral geführte Verhandlungen in zwei Tarifbezirken fallen soll. Diese Tarifbezirke sind Nordbaden-Nordwürttemberg und Südbaden/Hohenzollern. Um ihre Interessen durchzusetzen, greifen die Unternehmer zu einem bis dahin in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellosen Aussperrungsterror.

Nachdem die Metaller in Baden-Württemberg sich in einer Urabstimmung für Streik ausgesprochen, die IGM-Führung Schwerpunktstreiks beschlossen hat und Ende April einige zehntausend Metaller in den Streik treten, antwortet das ehemalige SS-Mitglied Hanns-Martin Schleyer mit der „totalen Aussperrung". In allen Betrieben mit mehr als 100 Beschäftigten werden die Arbeiter vom 1. Mai 1963 an ausgesperrt. Insgesamt rund 300 000. Gleichzeitig drohen die Metallkapitalisten mit der Aussperrung von über 1 Million Metaller in Nordrhein-Westfalen, falls es dort zu Streiks kommen sollte.

Der „Spiegel" läßt durchblicken, was sich die Unternehmer durch diese brutale Machtdemonstration erhoffen. Unter den Ausgesperrten sind weit über 100 000, die gewerkschaftlich nicht organisiert sind und deshalb nun ohne einen Pfennig Geld dastehen. Und zynisch spekulieren die Unternehmer darauf, daß diese Kollegen, die ja auch vom Staat keine Unterstützung bekommen, auf Wiederaufnahme der Arbeit drängen und so die Kampffront der Metaller insgesamt geschwächt wird.

Die Empörung in den Betrieben über diese größte Aussperrung seit der Ruhraussperrung 1928 ist groß. Vor allem die Tatsache, daß erst kurz vorher, 1960, die ersten Notstandsgesetze, die sogenannten Schubladengesetze, beschlossen und ein umfassendes Notstandsgesetz geplant ist, läßt die Arbeiter eine ähnliche politische Entwicklung wie nach 1928 befürchten.

Aber die Gewerkschaftsführung denkt nicht daran, den Kampf gegen diesen Vormarsch der Reaktion zu organisieren. Sie hat nichts Besseres zu tun, als sich trotz dieser ungeheuren Provokation der Unternehmer mit dem Vorsitzenden von Gesamtmetall und später auch mit Ludwig Erhard an den Verhandlungstisch zu setzen. Dort setzen die Metallkapitalisten am 7. Mai ihre Interessen im wesentlichen durch. Und wie geplant, wird das gleiche Ergebnis nur wenige Tage später auch den Werktätigen im öffentlichen Dienst aufgezwungen.

1971

1971 bekräftigt das Bundesarbeitsgericht erneut, daß die Unternehmer mit Gewalt, mit Aussperrungsterror nämlich, gegen die Kämpfe der Arbeiter vorgehen können. Nur sollen sie — nicht in ihrem eigenen Interesse — nicht in allen Fällen mit der sogenannten lösenden Aussperrung gegen die Arbeiter vorgehen (ihnen also das Arbeitsverhältnis kündigen), sondern zunächst mit der sogenannten suspendierenden Aussperrung (bei der das Arbeitsverhältnis ruht). Auch dem Bundesarbeitsgericht war nämlich nicht entgangen, daß die lösende Aussperrung den Nachteil für die Unternehmer hatte, daß sie — juristisch gesehen — keine Notstandsarbeiten verlangen konnten und außerdem auch der Betriebsrat und die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat handlungsunfähig wurden. Das Bundesarbeitsgericht dazu: „Die Funktionsfähigkeit dieser Gremien kann aber gerade in einem Arbeitskampf auch für den Arbeitgeber besonders wichtig sein."

Knapp ein halbes Jahr nach diesem Urteil des Bundesarbeitsgerichtes kommt es zur zweiten „totalen Aussperrung" in Baden-Württemberg. Und wieder ist es Schleyer, der mit dem Unternehmerterror gegen über 300 000 Metaller der Durchsetzung der Profitinteressen der Kapitalisten im gesamten Bundesgebiet den Weg bahnen will. Diesmal geht es den Unternehmern darum, in der beginnenden Krise den Arbeitern Lohnabschlüsse aufzuzwingen, die nur halb so hoch sind wie im Vorjahr. Und das, obwohl die Teuerungsrate auf 6 Prozent gestiegen ist. 45 000 Kollegen protestieren auf einer Kundgebung in Stuttgart gegen die Aussperrung. In anderen Tarifgebieten kommt es zu kurzen Solidaritätsstreiks. Aber die Gewerkschaftsführung verrät genau wie vor acht Jahren die Interessen der Metaller. In Verhandlungen mit Gesamtmetall wird ein Ergebnis von 7,5 Prozent ausgemauschelt.

1972 dann wird zum ersten Mal (!) in der Geschichte des DGB, auf seinem 9. Bundeskongreß, ein Beschluß zum Kampf gegen die Aussperrung gefaßt. Aber dieser Beschluß bleibt, sieht man von einer Konferenz der IG Metall über „Streik und Aussperrung" im Jahre 1973 ab, auf dem Papier stehen. Erst 1976 bzw. 1978, als sich der Aussperrungsterror der Unternehmer erneut verschärft, wird die Aussperrung wieder zum Thema für die DGB-Führung.



Streik bei Daimler-Benz 1963. Dem Streik der Metaller folgte die von Schleyer durchgesetzte „totale Aussperrung". 300 000 Kollegen wurden in Baden-Württemberg ausgesperrt.

1976

1976. Am 30. April sperren die Druckereikapitalisten 60 000 Kollegen im gesamten Bundesgebiet und in Westberlin aus, nachdem die IG-Druck-Führung Schwerpunktstreiks für mehr Lohn beschlossen hat. Aufgrund des massiven Drucks aus den Betrieben, wo die Kollegen konsequente und machtvolle Kampfaktionen verlangen, kommt es zum Vollstreik. Aber nur für kurze Zeit. Obwohl mit brutalen Polizeieinsätzen gegen die Streikenden vorgegangen wird, obwohl die Unternehmer die bundesweite Aussperrung fortführen, setzt die Gewerkschaftsführung den Abbruch des Vollstreiks durch und einigt sich mit den Kapitalisten auf ein Ergebnis, das nur um einige Zehntelprozente höher liegt als der vor Streik- und Aussperrungsbeginn abgelehnte Schlichtungsspruch.

1978/79

1978/79 dann werden Hunderttausende Kollegen in der Druckindustrie, in der Metallindustrie in Baden-Württemberg und in der Stahlindustrie ausgesperrt. Es ist kein Zufall, daß bei den Tarifbewegungen 1978/79 die Zahl der ausgesperrten Kollegen, abgesehen von 1963 und 1971, zu den höchsten in der Geschichte der Bundesrepublik gehört. Kein Zufall auch, daß innerhalb der Gewerkschaftsbewegung immer wieder der Vergleich mit der Situation im Jahre 1928 gezogen wurde. Denn die kapitalistische Krise hat sich enorm verschärft. Und wie 1928 wollen die Kapitalisten mit einem ungeheuren Rationalisierungsfeldzug, bei dem selbst nach offiziellen Zahlen in den 80er Jahren 5 Millionen Arbeitsplätze vernichtet werden sollen, alle Lasten der Krise auf die Werktätigen abwälzen. Mit hemmungslosem Aussperrungsterror soll 1978/79 die Friedhofsruhe in den Betrieben hergestellt werden, die die Kapitalisten dazu brauchen. Aber es gibt noch eine weitere Parallele zur Situation im Jahr 1928. Wie damals auch zeichnete sich 1978/79 ein deutlicher Aufschwung des Klassenkampfes ab. Und die Kapitalisten wissen, daß sich diese Kämpfe weiter verschärfen und an revolutionärer Klarheit gewinnen werden. So ist die Aussperrung für sie gleichzeitig ein politisches Druckmittel, das zusammen mit staatlichen reaktionären Maßnahmen (Polizei- und Justizterror, reaktionäre Gesetze) das Streikrecht weiter abbauen, den Klassenkampf niederhalten und klarstellen soll, daß die Kapitalistenklasse ihre Interessen, ihre wirtschaftliche und politische Macht, mit allen Mitteln gegen die Interessen der Arbeiterklasse verteidigen wird.

Das spürt auch die Arbeiterklasse. Sie nimmt den Kampf gegen die Aussperrung auf. Mit einzelnen Betriebsbesetzungen während des Druckerstreiks in Hessen; mit der massiven Forderung nach Streikausweitungen und Solidaritätsstreiks; mit Resolutionen, Kundgebungen und Demonstrationen. Von besonderer Bedeutung ist, daß vermehrt auch die politische Bedeutung des Aussperrungsterrors erkannt und immer häufiger die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung erhoben wird.

(Wird fortgesetzt. Im weiteren werden wir auf Probleme eingehen wie: Warum Verbot der Aussperrung? — Die verschiedenen Formen der Aussperrung — Bundesarbeitsgericht und Aussperrung u.a.m.).

Polizei und Gewerkschaftsbonzen:

Zusammenarbeit klappt

Es war im Frühjahr 1978, wenige Tage nach Beginn des Streiks und den ersten Aussperrungen in der Druckindustrie, kurz vor Beginn der Metalltarifbewegung in Baden-Württemberg, als die Gewerkschaft der Polizei in Abstimmung mit dem Innenministerium von NRW kurzfristig eine Tagung zum Thema „Polizei und Arbeitskampf" einberief. Als Gäste und Diskussionsredner nahmen teil: Michael Schoden und Gerhard Schmidt vom Bundesvorstand des DGB, Rudolf Dreßler vom Bundesvorstand der IG Druck und Papier und Walter Haas in Vertretung für den verhinderten Willi Bleicher vom Landesbezirk NRW des DGB.

Leider ging uns eine Broschüre der Polizeigewerkschaft über diese Tagung erst vor kurzem zu. Was auf dieser Tagung besprochen wurde, dürfte aber auch ein Jahr danach für die Kollegen von Interesse sein. Wer nämlich erwartet, daß die Herren vom DGB eine Tagung der Polizei zu einem solchen Thema dazu benutzten, um gegen Polizeieinsätze gegen Streikende oder die Bespitzelung von Streikversammlungen zu protestieren, der täuscht sich. **Thema der Veranstaltung war vielmehr die Zusammenarbeit von Gewerkschaftsführung und Polizei.**

Alfred Dietel, Schutzpolizeidirektor von Dortmund und Referent der Tagung lobt die Gewerkschaftsführung: *„Die Polizei hatte bisher keine Veranlassung davon auszugehen, daß die Streikleitungsorgane der Gewerkschaften nicht mit der Polizei kooperieren wollen..."*

Diese Zusammenarbeit findet unter anderem bei der sogenannten Polizei-Aufklärung bei Streiks statt. Hören wir noch einmal Alfred Dietel: „Selbstverständlich muß das Geschehen beobachtet werden, aber es sollten nicht Polizeikräfte vor Ort erscheinen, wenn kein Anhaltspunkt dafür besteht, daß es zu Ausschreitungen oder gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt." Wie beobachtet die Polizei aber, wenn sie nicht vor Ort erscheint? Ganz einfach. Mit Hilfe von Mitgliedern der gewerkschaftlichen Streikleitungen. Alfred Dietel: „Aufklärung soll der Informationsgewinnung dienen. Und wenn ich die Information, die für die polizeiliche Entscheidung relevant ist, auf andere Art und Weise bekomme, wenn ich über Absichten der Streikenden durch die Streikleitungen informiert werde, kann ich auf die Demonstration polizeilicher Präsenz vor Ort verzichten. Denn das schafft möglicherweise eine falsche Optik." Auf deutsch: Die gewerkschaftlichen Streikleitungen — oder richtiger: einzelne Mitglieder gewerkschaftlicher Streikleitungen — leisten nicht nur Spitzelarbeit für die Polizei, sondern tragen auf diese Weise auch zu einer „richtigen Optik" bei. Dazu nämlich, daß die Kollegen keine Polizei sehen und deshalb zu dem — falschen — Schluß kommen, daß ihr Streik auch kein Fall für die Polizei ist.

Sorge machte der Polizei auf dieser Duisburger Tagung die Möglichkeit, daß es in Zukunft mehr und mehr zu Streiks kommen könnte, in denen nicht die Gewerkschaftsführung, sondern revolutionäre Kräfte die tatsächliche Leitung des Streiks in der Hand haben. Als „warnendes Beispiel" wurde der Streik in der Berliner Verkehrsbetrieben 1932 genannt, in dem die RGO die Führung hatte. Gerhard Schmidt vom Hauptvorstand des DGB versichert den versammelten Polizisten zunächst, daß durch ein „vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen Gewerkschaften und Polizei" eine solche Entwicklung möglichst verhindert werden müsse. Er fährt fort: „Aber garantieren, daß nicht aus einer Zahl von 5 000 oder mehr, nehmen wir mal den Großbetrieb, daß da nicht eine bestimmte Radikalität entsteht und daß nicht in einer solchen Situation eine kleine Gruppe aus dem Ruder läuft, das kann kein Gewerkschaftler übernehmen. Er kann nur versuchen, mit der Polizei gemeinsam rechtzeitig die Dinge zu steuern." Wie diese „gemeinsame Steuerung" dann aussieht, konnte man bereits 1973 bei Ford in Köln, konnte man auch beim Druckerstreik 1976 feststellen!

Aber noch halten weder Polizei noch Gewerkschaftsführung die bisher bestehende Zusammenarbeit für ausreichend. Als Antwort auf die Forderung eines Polizisten, daß die Gewerkschaftsführung die Polizei noch besser informieren und unterstützen müßten, erklärt Gerhard Schmidt:

„Ich glaube, daß das beinahe historisch zu nennende Ereignis des Eintritts der Gewerkschaft der Polizei in den Deutschen Gewerkschaftsbund dazu eine viel bessere Basis geben wird als wir sie bisher schon hatten. Wir werden das (diese Zusammenarbeit — RM) auf eine sehr breite Basis stellen und ich glaube, daß es notwendig ist, so wie sich im Augenblick das soziale Klima in diesem Land entwickelt, daß wir sehr viel mehr tun als in der Vergangenheit. (...) Ich weiß allerdings nicht, ob in den meisten Streikrichtlinien schon zum Beispiel bei der Vorbereitung eines Arbeitskampfes die Kontaktaufnahme mit der örtlichen Polizei angeraten wird. Das mag im Augenblick noch nicht so sehr ins Bewußtsein der Kollegen gedrungen sein. Wir werden dafür sorgen, daß es in ihr Bewußtsein dringt."

Wie man sieht, treffen die Gewerkschaftsbonzen ihre Vorbereitungen für die auch von ihnen erwartete Verschärfung des Klassenkampfes — gemeinsam mit der Polizei! Wieweit diese Pläne Wirklichkeit werden, hängt allerdings nicht nur von ihnen ab. Das hängt vor allem davon ab, wieweit es uns und allen ehrlichen, klassenkämpferischen Gewerkschaftsmitgliedern gelingt, den Kampf gegen diese arbeiterfeindlichen Machenschaften zu organisieren!

Minister Ertl und die Lage der Bauern



„Mehr Steuergerechtigkeit" — diese Parole geistert bereits seit Monaten durch die Presse. Jetzt beschäftigen sich sogar die Bonner Minister damit, und es wird bereits gemunkelt, daß sogar ein Koalitions-Spitzengespräch stattfinden soll, um uns dieser „Steuergerechtigkeit" näher zu bringen. Gemeint ist die verschärfte Besteuerung der Bauern. 2 Milliarden Mark will Finanzminister Matthöfer rausholen, indem er gerade für die landwirtschaftlichen Betriebe mit den niedrigsten Einkommen die Buchführungspflicht einführen will (siehe RM 10/79).

Wenn so den Bonner Meinungsmachern ermöglicht wird, den Eindruck zu erwecken, als würden die Bauern, auf Kosten der übrigen Steuerzahler, in Saus und Braus leben, so ist daran der Bonner Landwirtschaftsminister Ertl nicht unschuldig. Er war es, der nach der letzten Ernte die Parole von der „Rekordernte" ausgab und horrende Einkommenssteigerungen auszuweisen hatte. Diese Erfolgsmeldung beruhte auf einer Lüge. Denn Ertls Zahlen waren mit den Ergebnissen des Wirtschaftsjahres 1976/77, dem Jahr der großen Mißernte, verglichen worden. Demgegenüber handelte es sich natürlich um eine „Rekordernte". Verglichen aber mit dem Wirtschaftsjahr 1975/76 waren die Bauerneinnahmen weiterhin rückläufig, vor allem bei den kleinen und unteren Mittelbauern.

Ertls Lüge wurde zum Stichwort für die „Steuergerechtigkeits-Kampagne". Diese von allen Medien geschürte Kampagne des Staates ist nur dazu da, weitere Kleinbauern in den Ruin zu treiben. Wie elend die Lage der Kleinbauern in Wirklichkeit ist, zeigt folgender Artikel, den wir dem „Freien Landvolk", der Zeitung der Revolutionären Landvolkbewegung (RLB) entnahmen.

Aufruf zur Europawahl

Die Revolutionäre Landvolkbewegung ruft alle Werktätigen in Land und Stadt auf, boykottiert die Europawahlen und argumentiert so: Dies ist nicht das vereinigte Europa der Arbeiter, Bauern, der anderen Werktätigen und ihrer Familien, nein, dies ist das Europa der vereinigten Konzerne, um uns noch härter ausplündern und ausbeuten zu können!

Die Revolutionäre Landvolkbewegung ruft die Bauern, Arbeiter und anderen Werktätigen auf: Diese Wahl kann unser Schicksal nicht ändern. Kämpfen wir gemeinsam gegen diese Kapitalgemeinschaft, kämpfen wir gemeinsam für den sofortigen Austritt der Bundesrepublik aus der EG!

Kampf dem Landräuber!

In der Krummhörn, der fruchtbaren Marschregion von Ostfriesland, gärt es. Ein holländischer Großbauer mit Namen Luyk drängt viele werktätige Bauern aus ihren Pachtungen, indem er bis zu 800 Mark pro Hektar Pacht bietet. Dabei geht er nicht zimperlich vor, oftmals kommen diese Verträge in Nacht- und Nebelaktionen zustande. Innerhalb von nur kurzer Zeit konnte Luyk fast 400 Hektar zusammenpachten. Mehrere alteingesessene Bauern, die schon 20 Jahre auf den Pachtungen gearbeitet hatten, wurden so ihrer Höfe beraubt.

Dabei bewirtschaftet Luyk die Ländereien kaum selbst, sondern läßt alle anfallenden Arbeiten durch einen Lohnunternehmer durchführen. Damit nicht das Landwirtschaftsamt formal Einspruch gegen diesen üblen Landräuber einlegt — denn der Bauernzorn in der Krummhörn ist groß —, schließt Luyk keine Pachtverträge, sondern sogenannte Nutzungsverträge ab. Und die werden vom Pachtgesetz nicht erfaßt.

Die werktätigen Bauern in der Krummhörn sahen diesem Treiben nun nicht länger tatenlos zu, und sie organisierten einen Boykott gegen Luyk. So wurden die örtlichen Getreidehändler gezwungen, das Getreide von Luyk nicht mehr abzunehmen, so daß für ihn nun höhere Transportkosten anfallen. Der Lohnunternehmer, der nicht auf seine Arbeiten auf Luyks Pachtungen verzichten wollte, wird ebenfalls von den meisten Bauern boykottiert. Weiter wollten die Bauern Luyk und seinen Lohnunternehmer aus dem regionalen Maschinenring ausschließen, doch dies scheiterte vorläufig am Vorstand.

Es blieb wieder einmal dem Bauernverband überlassen, den werktätigen Bauern bei ihrem gerechten Kampf in den Rücken zu fallen. Anstatt diesen Kampf vorbehaltlos zu unterstützen, erschien im „Niedersächsischen Landvolk" ein Aufruf, daß „alle Beteiligten miteinander sprechen" sollten, es gäbe „nur ein Miteinander und nicht ein Gegeneinander". Mit anderen Worten, bleibt schön ruhig, sprecht ein paar nette Worte mit Luyk und seht tatenlos zu, wie er weitere langjährige Pachtungen zerstört. Wer so wie der Bauernverband spricht, der zeigt, auf welcher Seite er steht. Ein Ruheappell nützt nur dem Großbauern Luyk, der in aller Ruhe mit seinem massiven Kapitaleinsatz weitere Bauern in der Krummhörn um ihre Existenzgrundlage bringt.

Der eingeschlagene Weg der Bauern in der Krummhörn muß weitergegangen werden, um diesem und anderen Landräubern das Handwerk zu legen. Wir unterstützen aus ganzem Herzen diese Aktionen der Bauern in der Krummhörn!

(Aus: „Freies Landvolk")

Monatseinkommen: 550 DM

Er war zu einer unserer Versammlungen gekommen. Er, das ist ein landarmer Kleinbauer aus Niedersachsen. Er bat uns, bei der Veröffentlichung seines Schicksals nicht seinen Namen zu nennen, nennen wir ihn also Bauer X.

Vor 20 Jahren war der heute 55jährige Bauer X Landarbeiter. Danach ging er als Arbeiter in eine Baufirma und später zu einer Straßenbaugesellschaft. Nebenbei bewirtschaftete er mit seiner Frau noch einen kleinen Pachthof von knappen 10 Hektar. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte Bauer X ein gesichertes Einkommen, obwohl ihm die Arbeit schwerfiel, denn er ist Schwerbeschädigter.

Vor mehreren Jahren wurde er bei der Straßenbaufirma entlassen, denn seine Beinbehinderung verstärkte sich und er konnte die Arbeit fast nur noch im Sitzen und Stehen ausüben. So arbeitslos geworden, versuchte Bauer X seinen kleinen Pachthof etwas intensiver zu betreiben, denn das Arbeitslosengeld fiel nicht gerade hoch aus. Eine Rente aufgrund seiner Schwerbeschädigung war abgelehnt worden.

Keine Aussicht, eine neue Arbeit zu finden, versuchte Bauer X nun so, sich einen kleinen Lebensstandard zu sichern. Gewiß fiel bei der Landwirtschaft nicht viel ab — er hatte sechs Milchkühe —, doch ihm und seiner Frau reichte es. Sie hatten sich schon in ihrem ganzen Leben einschränken müssen.

Das eigentliche Unglück begann vor zwei Jahren. Innerhalb eines Jahres mußte Bauer X zwei schwere Krankheiten bzw. Operationen überstehen. In dieser Zeit war er nicht in der Lage, seinen gepachteten Hof zu bewirtschaften.

Da trat der Ortsvorsitzende des Bauernverbandes an ihn heran und versprach, er würde dafür sorgen, daß Bauer X seine Rente bekommen würde. Dafür sollte er ihm das gepachtete Land überlassen. Zu diesem Zeitpunkt willigte Bauer X ein, denn er selbst konnte in seiner momentanen gesundheitlichen Lage die Milchkühe nicht versorgen. Doch die versprochene Rente blieb aus. Zynisch erklärten die zuständigen Beamten, Bauer X sei noch arbeitsfähig.



Der Hof von Bauer X

Als er dann gesundheitlich wieder etwas besser dastand, überschaute Bauer X seine Lage. Vom Arbeitsamt bekam er monatlich etwa 400 Mark. Davon konnten er und seine Frau beim besten Willen nicht leben. Die Landwirtschaft konnte er nun auch nicht mehr machen, denn ihm stand nur noch ein Hektar zur Verfügung. Also ging er zum Ortsvorsitzenden des Bauernverbandes und verlangte das überlassene Pachtland zurück, damit er ein gewisses Einkommen erreichen konnte.

Doch der Ortsvorsitzende weigerte sich, das Pachtland wieder abzugeben. Da half alles Bitten nichts, dieser Herr blieb stur. Bauer X schaute sich nach anderem Pachtland um. Doch in der näheren Umgebung gab es nichts, und größere Entfernungen konnte er seinem Trecker, Baujahr 1956, nicht mehr zumuten.

So erben Bauer X und seine Frau seit einem Jahr von monatlich 550 Mark, denn die Gemeinde zahlt zu dem Arbeitslosengeld noch „großzügig" 150 Mark Sozialfürsorge drauf. Für das Bauernhäuschen, ein ehemaliges Landarbeiterhaus, muß Bauer X monatlich 60 Mark Miete zahlen. Baulich befindet sich dieses Häuschen natürlich in einem miserablen Zustand.

Von diesem Geld geht auch noch die Pacht ab und natürlich auch das Elektrizitäts- und Wassergeld. Zum Leben bleiben Bauer X und seiner Frau im Monat ca. 350 Mark. An dieser katastrophalen Gesamtlage ändert auch die eine Milchkuh nichts, die beim Bauern X noch im Stall steht. 40 Jahre seines Lebens hat er schon hart gearbeitet, und das ist nun der Dank des Staates dafür. Bauer X sagte zu uns: „So schlecht wie es mir geht, geht es auch vielen anderen kleinen Bauern. Vielleicht ist die Not bei denen noch nicht ganz so groß, aber es ist eine Tatsache, daß den kleinen Bauern nur alles genommen wird, während die Großen das dicke Geld kriegen. Der Teufel scheißt immer auf den großen Haufen."

Bauer X hat erkannt, daß er nur Hilfe zu erwarten hat, wenn er sich selbst hilft. Und das heißt für ihn in erster Linie, gemeinsam mit den anderen werktätigen Bauern zu kämpfen. Bauer X: „Ob der eine nun fünf oder zehn Kühe mehr im Stall stehen hat, betrogen wird der genauso wie der noch kleinere Bauer. Deshalb müssen wir zusammengehen und die kleinen Eifersüchteleien über Bord schmeißen!"

Deshalb kam Bauer X auch zur Versammlung der Revolutionären Landvolkbewegung. „Wie ich die Zeitung in meinem Briefkasten fand, habe ich mir sofort gesagt, da mußt du hin." Und für die nächste Versammlung versprach Bauer X: „Dann komme ich natürlich wieder und werde auch dafür sorgen, daß auch viele meiner Nachbarn mitkommen."

(Aus: „Freies Landvolk")

Verschlechterung der Verkehrsverbindungen auf dem Land

Allen voran geht der Staat

Die Deutsche Bundesbahn plant für die nächsten Jahre, von ihrem insgesamt 29000 Kilometer langen Streckennetz 14000 Kilometer stillzulegen. Betroffen von dieser geplanten Streckenstillegung sind ausschließlich die ländlichen Gebiete. Allein in Niedersachsen soll das Streckennetz um 852 Kilometer gekürzt und jeder dritte Bahnhof geschlossen werden. „Und womit sollen wir nun fahren?" Das fragen sich Millionen Menschen, die täglich auf das Verkehrsmittel Bahn angewiesen sind.

Denn nicht nur die Bundesbahn will ihr Streckennetz drastisch reduzieren, auch viele Buslinien sollen auf dem Land drastisch eingeschränkt oder gar ganz eingestellt werden. Dies alles führt zur weiteren Benachteiligung des Landes und zu seiner weiteren Verödung.

Von der geplanten Streckenstillegung ist zum Beispiel in Niedersachsen die Verbindung Wilhelmshaven-Norden betroffen. Dies wird zur weiteren Verödung des ostfriesischen Raumes führen. Auch die Strecke von Lüneburg nach Dannenberg soll für den Personenverkehr gänzlich eingestellt werden.

Zwar biete die Bahn im beschränkten Maße „Ersatz" durch Bahnbusse, doch ist der Fahrplan rigoros zusammengestrichen worden, und auch die Fahrzeit verlängert sich bis zu 30 Prozent. So braucht der Zug für die Strecke Lüneburg-Dannenberg 75 Minuten, während der Bus für die gleiche Strecke 104 Minuten braucht.

Die Bundesbahn begründet diese Maßnahme mit der Tatsache, daß sie ein unrentabler Zuschußbetrieb ist. Deshalb soll das unwirtschaftliche ländliche Streckennetz radikal verkürzt werden. Die Nebenstrecken passen den Bundesbahnmanagern nicht in ihr Konzept.

Wir müssen uns fragen, wo eigentlich unsere Steuergelder bleiben. 1975 waren es 560 Millionen Mark, und 1979 sollen es sogar 1,6 Milliarden Mark sein, die die Bundesbahn aus dem Steuersäckel dazu bekommt. Auch die Fahrpreiserhöhungen in den letzten drei Jahren waren nicht gerade maßvoll zu nennen.

Wer einmal sehen will, wo die Bahn die Steuergelder anlegt, der sollte sich einmal den riesigen Güterbahnhof in Maschen bei Hamburg anschauen. Obwohl die Bundesbahn in den letzten Jahren ein Fünftel der gesamten Fracht verloren hat und die Waggons nur zu 60 Prozent ausgelastet sind, wird im Güterverkehr nicht stillgelegt, sondern ganz im Gegenteil.

Die Zeitung „Handelsblatt" spricht da eine deutliche Sprache: „Die Wirtschaft braucht die Nebenstrecken kaum." Weiter kann man lesen, daß bereits heute 90 Prozent des Güterverkehrs auf genau den Teilen des Streckennetzes abgewickelt werden, die von den Stillegungsplänen sowieso verschont bleiben.

Auf vielen Strecken, die für den Personenverkehr stillgelegt werden, rollt der Güterverkehr aber munter weiter. Das führt sogar zu so komischen Sachen wie etwa in der Nähe von Oldenburg, wo die schon seit zehn Jahren nicht mehr benutzte Strecke Oldenburg-Brake vollständig abgerissen werden sollte. Nachdem die Hälfte der Abbrucharbeiten schon getan war, meldete die Wirtschaft Bedenken an, weil die jetzige Strecke Nordenham-Bremen über die Hunte-Brücke geht, die leicht störanfällig ist. Damit dann der Güterverkehr nicht abgeschnitten wird, soll die Umleitung über Oldenburg möglichst bleiben. Ob die abgebrochene Strecke nun wieder aufgebaut wird, darüber soll in Kürze entschieden werden.



Stillgelegter Bahnhof Wildemann im Harz

Unbestritten ist, daß das Defizit der Bundesbahn vor allem vom Güterverkehr herrührt, weil sie keine unkostendeckenden Preise verlangt. Für die Konzerne also ist und bleibt die Bahn eine billige Transportquelle auf Kosten von uns Steuerzahlern.

Geht es aber um unser Wohl, dann wird nur nach dem wirtschaftlichen Gesichtspunkt gehandelt, und das bedeutet in den meisten Fällen die Einstellung des Personenverkehrs auf dem Land. Diese Stillegungspläne müssen vom Tisch!

Proteste dagegen gibt es auch schon. So zogen 200 Demonstranten zum Uelzener Bahnhof. Vor allem Berufstätige und Schüler aus den Gemeinden Bodenteich, Ebstorf und Wrestedt, die an einer von der Stillegung betroffenen Strecke liegen, haben sich geschworen, größere Protestaktionen folgen zu lassen, falls es bei der Streckenstillegung bleiben soll.

(Aus: „Freies Landvolk")

(„Freies Landvolk" kann bestellt werden bei: Bäuerin Gertrud Becker, Mittelweg 82a, 2890 Nordenhamm; Einzelpreis 70 Pfennig)

Bleibt nur der Schuß?

Werktätige werden aktiv gegen Todesschußpraktiken der Polizei

Die Todesschüsse der Polizei, die in der letzten Zeit fielen, rufen immer mehr Empörung in der Öffentlichkeit hervor. Legt es die Polizei von vornherein auf das Töten an?

Diese Frage stellten sich viele Menschen nach der Erschießung von Elisabeth von Dyck. Diese Frage richteten auch „Spiegel"-Reporter an den Nürnberger Polizeipräsidenten Helmut Kraus. Die Antworten dieses Beamten lassen den eindeutigen Schluß zu, daß die Polizei die Frage offen mit Ja beantwortet.

Bei Elisabeth von Dyck hat die Polizei von vornherein alle Möglichkeiten ausgeschaltet, die Gesuchte waffenlos zu überwältigen und festzunehmen. So waren die beteiligten Polizisten mit Schutzwesten ausgerüstet. Kraus: „Wenn man sich auf einen waffenlosen Kampf vorbereitet, kann man keine Schutzwesten tragen, denn dafür müßte der Beamte doch beweglich bleiben. (...) Für den Beamten muß gewährleistet sein, daß er sofort schießen kann. (...) Er kann nicht mit der Waffe in der Hand überfallartig auf diese Person einwirken und sie überwältigen. Denn er muß ja auf die Waffe aufpassen."!

Geradezu zynisch rechtfertigt Kraus derartige Todesschüsse mit dem Notwehrrecht! Wenn man weiß, wie die Polizei in Nürnberg eine Situation herbeiführte, in der sich eine gesuchte „Terroristin" plötzlich in einer ausweglosen Falle befand, sogar ohne Chance, sich ergeben zu können, dann wird man skeptisch und fragt, wer sich hier eigentlich in Notwehr befand.

Allerdings zweifelten die „Spiegel"-Reporter sogar daran, ob Frau v. Dyck tatsächlich zur Waffe gegriffen hat. Denn: Der tödliche Schuß traf sie von hinten. Es sieht also so aus, als wenn sie geflohen ist.

Aus Notwehr kann der Schuß in den Rücken jedenfalls nicht abgegeben worden sein, denn die eintretende Frau von Dyck sah sich allen drei Beamten gegenüber. Bezeichnend ist, daß zu dieser wichtigen Frage der Polizeipräsident keine Auskunft geben konnte. Es ist zu erwarten, daß die entsprechenden Untersuchungen sich durch die verschiedenen Gremien dahinziehen werden, und daß letztlich eine Version à la „Stammheim-Selbstmord" herauskommen wird. Der Verdacht aber, daß hier jemand eiskalt auf der Flucht erschossen wurde, ist nicht von der Hand zu weisen!

Daß man in eine solche Situation nicht nur als „Terrorist" kommt, zeigt der Fall des Wittener Lackierers Bernhard Deffner, über den wir in der letzten Ausgabe berichteten. Deffner, der die Polizei selber gerufen hatte, um eine Rauschgiftübergabe hochgehen zu lassen, war von zwei Zivilbeamten erschossen worden, weil er sich von ihnen bedroht gefühlt und deshalb eine Gaspistole gezogen hatte.

In Bochum, wo es in den letzten vier Jahren allein zehn Polizeischießereien und drei Tote gegeben hat, hat es bereits einmal eine Initiative gegen Polizeiübergriffe gegeben. Jetzt trafen sich kürzlich Vertreter der Initiative „Weg mit der NPD-Zentrale in Wattenscheid", der „Initiative gegen Zensur und Abbau der Pressefreiheit", des „Komitees Innere Sicherheit" sowie der KPD/ML, um Aktionen gegen den Polizeiterror in Bochum zu beraten. Für den 7. Juni haben diese Gruppen zu einem Treffen in den Räumen der ESG Bochum, Kirchenforum, Unicenter, eingeladen. Es ist nicht auszuschließen, daß aus diesem Treffen eine neue Initiative gegen die Polizeiübergriffe in Bochum hervorgehen wird.

Neofaschisten vor Gericht: „Alles klar?"

Am 28. Mai begann in der Mehrzweckhalle der Justizvollzugsanstalt in Bückeburg vor dem 3. Strafsenat des Oberlandesgerichts Celle der schon lange überfällige Prozeß gegen sechs Neonazis, unter ihnen der berüchtigte „Gauführer" der „Aktion Nationaler Sozialisten" (ANS) und ehemalige Bundeswehr-Oberleutnant Michael Kühnen.

Den Angeklagten wird vorgeworfen, bei bewaffneten Raubüberfällen in Köln und Hamburg Bargeld, Juwelen und Jagdwaffen im Wert von insgesamt 126000 Mark erbeutet zu haben. Bei Überfällen auf Bundeswehr- und NATO-Einrichtungen haben sie Schnellfeuer- und Maschinengewehre erbeutet.

Insbesondere sind sie angeklagt, eine terroristische Vereinigung, eine „Wehrwolf"-Untergrundorganisation gebildet zu haben. Ziel dieser organisierten Bande war es unter anderem, Sprengstoffanschläge und Bombenattentate zu verüben, das Ehepaar Serge und Beate Klarsfeld (Ohrfeige für Nazi-Kiesinger) zu „liquidieren", Rudolf Heß zu befreien und die KZ-Gedenkstätte in Bergen-Belsen zu sprengen. Außerdem wird Kühnen angeklagt, Plakate mit Hakenkreuzen und mit Parolen gegen „jüdisch-bolschewistisches Untermenschentum" geklebt zu haben.

Dieser Prozeß erinnert in vielem an die berüchtigten Verfahren gegen KZ-Mörder: Angeklagte wie auch die vielen Nazi-Sympathisanten im Zuschauerraum werden mit Samthandschuhen angefaßt. Blumen konnten überreicht werden, und eine Bekannte von Edgar Geiss (Hitler-Gruß am Kappler-Grab) durfte zwei Angeklagte demonstrativ umarmen und küssen. Der Angeklagte Schulte konnte beim Betreten des Saales den Arm zum Hitler-Gruß ausstrecken und rufen: „Alles klar?", worauf er gröhlend zur Antwort erhielt: „Alles klar!"

Daß den Faschisten ein derart provokatorisches Auftreten ermöglicht wird, zeigt schon, in welchem Geiste dieser Prozeß durchgeführt werden soll. Das darf aber auf keinen Fall zugelassen werden. Kühnen und seine faschistische Bande muß streng bestraft werden!

SS-Mann will KZ-Opfer verklagen

Eine faschistische Provokation!

Man will es kaum glauben, aber Folgendes hat sich kürzlich abgespielt, wenige Monate nach der „Holocaust"-Diskussion.

Die Hamburger Fernsehjournalistin Renate Harpprecht, die während der Nazi-Zeit mit ihrer Schwester in den KZs Auschwitz und Bergen-Belsen eingesperrt war, hatte am 26. 1. in einer Fernsehbesprechung im Anschluß an eine „Holocaust"-Sendung davon berichtet, daß ihre Eltern in einem Vernichtungslager vergast wurden.

Mit Datum vom 30. 1. und vom 28. 4. erhielt sie jetzt je ein Schreiben des Nürnberger Rechtsanwalts Engelhardt, der im Namen seines Mandanten, des früheren SS-Mannes Hans Kroker, „Auskunft" verlangte, wie sie beweisen wolle, daß ihre Eltern auch wirklich vergast worden seien.

In dem Brief heißt es: „Mein Mandant hält die Vergasungsstory als eine längst durch seriöse Geschichtsforscher des Auslands und auch des Inlands widerlegte Greuelmär. (...) Als ehemaliger Angehöriger der Allgemeinen SS und der Waffen-SS fühlt sich mein Mandant durch ihre im Fernsehen öffentlich aufgestellte Behauptung, Verwandte von ihnen seien vergast worden, diffamiert. Deswegen setze ich Ihnen eine Frist zur Erteilung der gewünschten Auskunft bis zum 15. 5. 79. Sollte sie bis dahin nicht bei mir eingegangen sein, bin ich beauftragt, gegen Sie Strafanzeige wegen Beleidigung und wegen Volksverhetzung zu erstatten."

Es schließt sich eine „Kostenrechnung" über 174,90 Mark an, die Frau Harpprecht bis zum 15. 5. zahlen solle, da ja das Schreiben des Rechtsanwalts „durch Ihr Verhalten veranlaßt worden" sei.

Jener Hans Kroker, der es in so einer unverschämten Art und Weise wagt, sechs Millionen in den KZs Ermordete zu verhöhnen, war seit 1932 Mitglied der NSDAP, seit 1933 der Allgemeinen SS. 1943 kam er zur Waffen-SS und 1945 ans SS-Polizeigericht in Berlin. Und so einer kann ungestraft die Leidtragenden des faschistischen KZ-Terrors wegen „Volksverhetzung" anzeigen?

Die Tatsache, daß Faschisten überhaupt mit einer derartigen Anzeige an die Öffentlichkeit treten können, ist bezeichnend für die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik. Die ehemaligen Angehörigen der in Nürnberg zur verbrecherischen Organisation erklärten SS können sich heute schon aufführen, als wären ihre Verbrechen verjährt. Mehr noch, als könnten sie sich das Recht herausnehmen, ihre provokatorischen Lügen von der „Vergasungsstory" öffentlich zu propagieren. Dieser Vorfall ist wieder ein Anlaß mehr, die generelle Aufhebung der Verjährungsfrist für Nazi-Verbrechen zu verlangen.

1500 Menschen, meist gewerkschaftlich organisiert, Deutsche und Türken, demonstrierten am 30. Mai gegen die berüchtigten „Grauen Wölfe", für ein Verbot der türkischen Faschisten. Sprechchöre ertönten: „Wir fordern das Verbot der ‚Grauen Wölfe'"; „Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk" und „Kapitalismus führt zum Faschismus". Der Kölner „Arbeitskreis gegen Reaktion und Faschismus", der an der Demonstration teilnahm, trug ein Transparent, das sich gegen die Verjährung von Nazi-Verbrechen wandte. Die türkischen Teilnehmer riefen haßerfüllt: „Türkes — Mörder", und machten so auf den Führer der „Grauen Wölfe" aufmerksam, der gerade kurz vorher in geheimer Mission in die Bundesrepublik eingereist war.



Sympathisanten der türkischen Zeitung „Halkin Kurtulusu" rufen auf zu einer

Demonstration

für die Schließung aller türkischen faschistischen Vereine

Treffpunkt: am 9. Juni 1979, um 10.30 Uhr in Köln, auf dem Ebertplatz.
Die KPD/ML unterstützt diese Demonstration und ruft alle Genossen, Kollegen und Freunde dazu auf, an der Demonstration teilzunehmen.

Gewerkschaftsjugend gegen Faschismus

Informationen über das wahre Gesicht des Faschismus sowie eine zentrale antifaschistische Demonstration forderten in mehreren Anträgen Delegierte auf der 10. Bundeskonferenz junger Gewerkschafter der IG Bau, Steine, Erden vom DGB. Die Anträge wurden vom Kongreß angenommen, ebenso wie eine Entschließung gegen die Berufsverbote, in der festgestellt wurde, daß immer mehr aktive Gewerkschafter durch den Radikalenerlaß daran gehindert werden, ihren Beruf auszuüben.

Krankenhaus kündigt Atomkraftgegner

Fristlos gekündigt wurde dem Assistenzarzt am Heider Kreiskrankenhaus (Dithmarschen) Peter Rüppell, weil er zwischen seiner Überzeugung als Atomkraftgegner und seinen Dienstgeschäften als Arzt keine Trennung gemacht habe. Der Personalrat des Krankenhauses, in dem Peter Rüppell gewähltes Mitglied ist, hat es einstimmig abgelehnt, der Kündigung zuzustimmen. Rüppel setzt sich mit einer Klage beim Arbeitsgericht in Husum (Nordfriesland) zur Wehr.

Barbara Wille wieder eingestellt

Breiter Protest verhalf der Göttinger Krankenschwester Barbara Wille in ihrem Kampf gegen ein Berufsverbot (siehe RM 19/79, Seite 7) zum Erfolg. Nachdem Gewerkschaftskollegen der ÖTV-Vertrauensfrau den Fall breit bekannt gemacht und fast 2500 Unterschriften gesammelt hatten, mußte das Göttinger Arbeitsgericht am 21. 5. die Wiedereinstellung der Krankenschwester beschließen. Einen Tag später konnte Barbara ihre Arbeit wieder aufnehmen.

22 Monate für Rechtsanwalt

Der Heidelberger Rechtsanwalt Gerhard Härtle ist am 29. 5. wegen „Landfriedensbruch, Widerstands gegen die Staatsgewalt und Falschaussage" von der Zweiten Strafkammer des Landgerichts Heidelberg zu 22 Monaten Freiheitsentzug verurteilt worden.

Wie seine Verteidiger auf einer Pressekonferenz mitteilten, ist dieses Urteil nicht durch die Beweisaufnahme zu rechtfertigen gewesen. Von 53 Zeugen hätten nur drei (Polizeizeugen) die Anklage durch ihre Aussage bestätigt. In Wirklichkeit sei der Prozeß nur deshalb durchgeführt worden, weil hier ein unliebsamer Anwalt wegen seiner politischen Gesinnung (Härtle soll Mitglied des KBW sein) aus dem Anwaltsstand ausgeschlossen werden solle.

Die Prozeßführung war von einer außerordentlich hohen Zahl an Verstößen gegen die Strafprozeßordnung gekennzeichnet gewesen. In einstimmigen Beschlüssen hatten Vorstand und Mitgliederversammlung der Anwaltskammer dagegen protestiert, daß die Verteidigung in diesem Verfahren „in unzumutbarer Weise" behindert worden ist. Gerhard Härtle hat Revision beim Bundesgerichtshof eingelegt.

Lebenslang für Irmgard Möller!

Wegen „Mordes und Mordversuchs" ist die 31jährige Irmgard Möller, die zum Kern der alten RAF gezählt wird, am 31. 5. in Stuttgart-Stammheim zu lebenslanger Haft verurteilt worden! Bernhard Braun erhielt 12 Jahre Haft wegen „Beihilfe zum Mord".

Irmgard Möller wurde unter anderem vorgeworfen, im Mai 1972 einen Bombenanschlag auf das Hauptquartier der US-Streitkräfte verübt zu haben. Damals hatte der verbrecherische Krieg des USA-Imperialismus gegen das vietnamesische Volk auf der ganzen Welt zu militanten Protestaktionen geführt. Zu dieser Zeit schickten die USA-Imperialisten von westdeutschem Boden aus ihren Nachschub nach Vietnam. Der Bombenanschlag, dem drei Offiziere der US-Armee zum Opfer fielen, wurde seinerzeit von der weltweiten Vietnam-Bewegung als solidarische Aktion zur Unterstützung des vietnamesischen Befreiungskampfes empfunden.

Irmgard Möller war im Herbst 1977 nur knapp dem „Selbstmord" von Stammheim entgangen.

Denkt an Klaus Singer!



Nachdem Klaus Singer einen Antrag auf Straferlaß nach Verbüßung von zwei Dritteln seiner Haftzeit abgegeben hatte, erhielt er, der Gefangene, prompt einen Strafbefehl über 300 Mark, weil er im April 1978 „mehrere Farbbeutel in Richtung der nichtverbotenen NPD-Versammlung geworfen haben" soll. Klaus hat Einspruch eingelegt.
Denkt an unseren Genossen! Schreibt Klaus Singer!
JVA Darmstadt-Eberstadt,
Marienburgerstr. 74,
6100 Darmstadt-Eberstadt.

Weitere Meldungen

Der Frankfurter Schuldezernent Mihm (CDU), der am 28. 3. an die 50 Schüler und Schülerinnen des Stadtschülerrats Frankfurt durch Polizeieinsatz aus seinem Amtszimmer vertreiben ließ und Anzeige wegen Landfriedensbruch erstattete (siehe RM 15/79), hat diese Anzeigen jetzt zurückgenommen.

* * *

Das Bayrische Oberste Landesgericht in München hat die „Super Snooper", Geräte, die durch Signal vor Radarfallen der Polizei warnen, praktisch verboten.

* * *

Entsprechend den Vorschriften des BKA-Gesetzes werden seit 1973 psychisch Kranke, die richterlich in eine Heil- und Pflegeanstalt eingewiesen wurden, zusammen mit Verbrechern in einer Kartei des BKA erfaßt. Vorbereitung auf eine neue Euthanasie?

* * *

Marburger Bürger fanden erneut in ihren Briefkästen Hetzflugblätter mit der Forderung, „weitere sechs Millionen der ‚Judenbrut' zu vergasen"! Die Behörden haben bisher keinen Finger gerührt, um das Verbreiten derartiger Pamphlete zu unterbinden.

* * *

Die Rote Hilfe Deutschlands (RHD), die Solidaritätsorganisation der Werktätigen in ganz Deutschland, ist nicht gemeinnützig. Jedenfalls wurde ein Antrag der RHD auf Anerkennung als gemeinnützig abgewiesen.

„Gemeinnützig" ist hingegen die SS-Totenkopf-Division, die in Nürnberg zur verbrecherischen Organisation erklärt worden war. Die Registrierstelle des Aschaffenburger Amtsgerichts befand, daß der Traditionsverband der SS-Mordtruppe „förderungswürdig" sei.

Eine Theater-Affäre

Volkskorrespondenz aus Bremen

Zur Zeit läuft in den Bremer Kammerspielen das Stück „Bezahlt wird nicht". Die Vorstellung vom 11. Mai wird vielen Besuchern noch lange Zeit in den Knochen steckenbleiben. Denn am Ende der Vorstellung trat der Schauspieler Peter Franke vor den Vorhang und teilte mit: „Frau von Dyck ist hinterrücks ermordet worden."

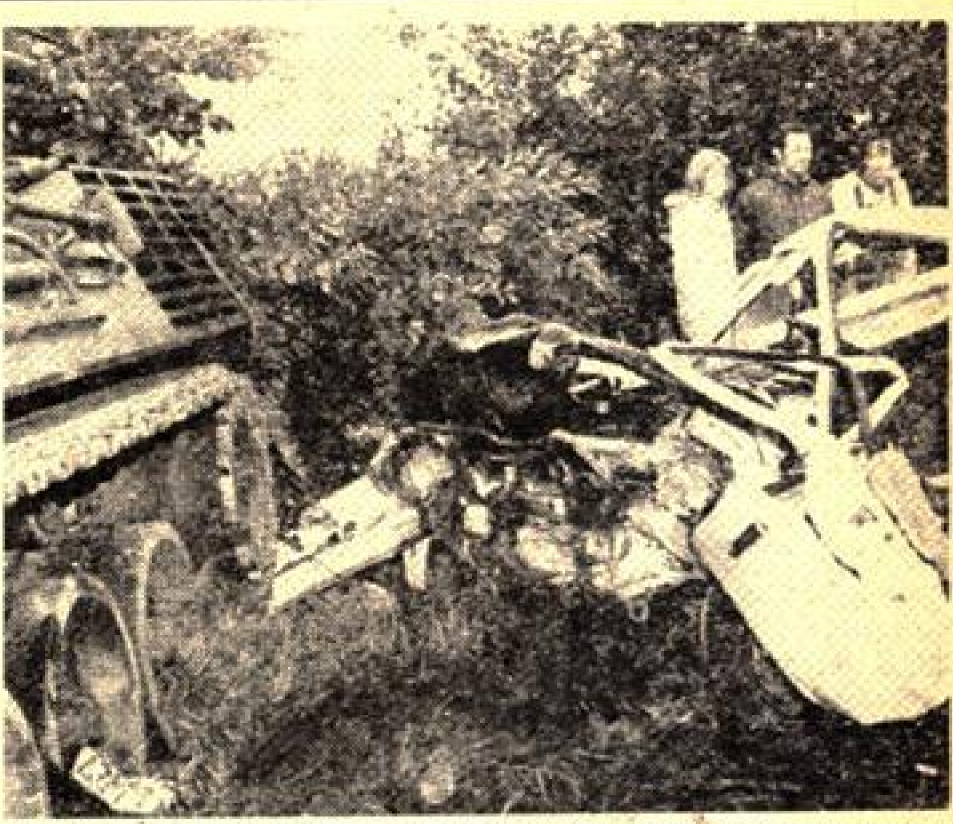
Das war für manche Leute zuviel, und sofort war das reaktionäre Sonntagsblättchen „Weser-Report" zur Stelle und nahm diesen Vorfall auf. Sie empörten sich lauthals und präsentierten auch gleich einige „Besuchermeinungen" wie zum Beispiel: „Ich würde vorschlagen, daß sich Herr Franke mit seinen gleichgesinnten Schauspielerkollegen doch besser um ein Engagement in der DDR oder im Nordjemen bemühen sollte." Oder: „Ich bin nicht pingelig, aber das geht zu weit." Der CDU-„Kulturexperte" meinte: „Theaterrechtlich unzulässig".

Daß die CDU solche Äußerungen bestraft sehen möchte, liegt auf der Hand. Deshalb ist es dem Schauspieler Peter Franke hoch anzurechnen, daß er vor der Einschüchterung durch die Reaktionäre nicht haltmacht und frei und mutig die Wahrheit ausspricht.

Es ist notwendig, Peter Franke unsere Solidarität entgegenzubringen, denn es ist anzunehmen, daß seine Äußerung von der Reaktion nicht ohne Widerhall hingenommen wird. Als politischer Liedermacher möchte ich den Anfang machen, in der Hoffnung, daß viele fortschrittliche Menschen erkennen, wohin unser Schlag gehen muß, nämlich gegen Reaktion und Faschismus.



Elisabeth von Dyck



Zig Tote bei den Soldaten sowie bei der Zivilbevölkerung, das ist bei Manövern die Bilanz. Zur Verantwortung wird keiner gezogen; im Gegenteil, die Manöver werden immer brutaler.



Frauen gegen Apartheid

Volkskorrespondenz aus Westberlin

Vom 17. bis 25. März 1979 führt die „Evangelische Frauenarbeit in Deutschland e.V." eine Aktionswoche gegen das Rassistenregime in Südafrika durch. Motto: „Kauft keine Früchte der Apartheid! Frauen für Südafrika! Unterstützt den Kampf für Gerechtigkeit in Südafrika!"

Die Bevölkerung wird also zum Boykott südafrikanischer Früchte aufgerufen. Das wird hauptsächlich als ein Mittel zur Aufklärung über das Regime verstanden. Viele der Frauen, die bei dieser Aktion mitmachen, sind außerdem der Meinung, daß es notwendig ist, die Bundesregierung unter Druck zu setzen, daß ein Wirtschaftsboykott gemacht wird, der sich auf die gesamten Handelsbeziehungen erstreckt.

Von der Kirchenleitung wird die gesamte Aktion nicht gern gesehen. Einerseits weil die Haltung der Bourgeoisie zu dem Regime notwendigerweise ans Licht kommt, dann aber auch, weil die Beschäftigung mit den Fragen des Befreiungskampfes im südlichen Afrika notwendigerweise zu der Frage führt, ob gewaltlose Mittel ausreichen, erfolgreich zu kämpfen. Die Kirchenführung versucht das nun so umzubiegen, daß gerade die Boykottaktion das letzte Mittel sein solle, die Rassisten friedlich zum Aufgeben zu zwingen und dazu da sei, geradezu eine gewaltsame Auseinandersetzung zu **verhindern.**

Leserbrief

Liebe Genossen!

Wie man Meldungen der bürgerlichen Presse entnehmen kann, sind wieder diplomatische Beziehungen zwischen China und der Sozialistischen Volksrepublik Albanien aufgenommen und ein chinesischer Botschafter nach Tirana entsandt worden. Wieso hat eigentlich Albanien die diplomatischen Beziehungen zu China abgebrochen? Die ideologisch-politischen Differenzen zwischen den Parteien beider Länder müssen doch nicht automatisch dieselben Folgerungen für die staatlichen Beziehungen nach sich ziehen. Ich fände es gut, wenn ihr zu dieser Frage einmal Stellung nehmen könntet.

Ein Genosse aus Dortmund

* * *

Antwort der Redaktion:

Die bürgerliche Presse hat die Meldung von der erneuten Entsendung eines chinesischen Botschafters nach Tirana als „Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen" hochgespielt. Die Wahrheit ist jedoch: Die diplomatischen Beziehungen zwischen China und Albanien sind zu keinem Zeitpunkt abgebrochen gewesen. Nur hat China als einseitigen Akt seinen Botschafter nach Peking zurückbeordert und erst nach einer längeren Zeit durch einen neuen Mann ersetzt. Ein solcher Vorgang ist in vielen anderen Fällen vorgekommen und auch durchaus üblich, wobei niemand von einem Abbruch der diplomatischen Beziehungen geredet hätte.

Was die bürgerliche Welt mit solchen bewußten Falschmeldungen bezweckt, dürfte klar sein: Die albanische Außenpolitik, die prinzipienfest auf dem Marxismus-Leninismus und proletarischen Internationalismus begründet ist, soll als schwankend dargestellt werden. Es wird so getan, als ob auch Albanien in seiner Kritik am chinesischen Revisionismus nicht konsequent wäre.

Vier Tote — für wessen Vaterland?

Volkskorrespondenz aus Hamburg

Vom 14. bis 27. Mai war unser Panzerbataillon auf dem Truppenübungsplatz in Grafenwöhr (Bayern). Vier Tote — das ist das Ergebnis dieser 14 Tage. Nach vier Tagen auf dem Truppenübungsplatz wurde ein Kamerad (W 15) auf der Streife aus nächster Nähe erschossen.

Während der 48-Stunden-Übung wurde in der Nacht ein Kradmelder von einem Leo I zermalmt. Gefunden wurde er erst am nächsten Morgen. Zwei weitere Kameraden starben an den Verbrennungen, die sie sich an einem Panzermotor zugezogen hatten.

Daß es nicht zu weiteren Toten kam, ist ein Wunder bei den Manöverbedingungen in Grafenwöhr. So wurde zum Beispiel trotz der sehr starken Staubentwicklung (Sichtweite maximal fünf Meter) immer wieder Konvoi gefahren, und mehrere Male wurden Zusammenstöße von Panzern nur knapp verhindert.

Nur so nebenbei will ich erwähnen, daß 12 Kameraden mit Schlangenbissen in den San-Bereich eingeliefert wurden. Alles in allem waren diese 14 Tage ein weiteres Beispiel für die Menschenverachtung in der Bundeswehr und dafür, daß schon in „Friedenszeiten" die Offze über Leichen gehen.

Rot Front!
Ein Genosse in der Bundeswehr

Initiative gegen den Coburger Convent

Am Samstagnachmittag, den 12. 5. 79 versammelten sich jüngere und ältere Coburger Bürger in der Gaststätte „Weißes Roß", um ihren Protest gegen den alljährlich in Coburgs Mauern veranstalteten Coburger Convent, das Treffen der korporativen Studentenschaften und ihrer schlagenden Verbindungen, zum Ausdruck zu bringen. Sie gründeten im Verlauf ihrer Zusammenkunft eine Initiativgruppe, die sich als Sprachrohr all jener Coburger verstanden wissen will, die diesen Convent seit Jahren als eine Provokation gegen aufrechte demokratische Empfinden einschätzen. Ohne Gegenstimmen wurde folgende Resolution von den Versammelten verabschiedet:

„Wie jedes Jahr findet in Coburg wieder das Treffen des CC zu Pfingsten statt. Verbunden mit dem untragbaren Auftreten diverser Burschenschaftler, die anscheinend ‚Narrenfreiheit' genießen, sind reaktionäre, chauvinistische und revanchistische Grundhaltungen, deren Proklamierung in der ‚Mahnstunde' jeweils ihren Höhepunkt erreichen. Angesichts der jüngsten deutschen Vergangenheit bedeutet für alle Antifaschisten und Demokraten die Verbreitung jeder Art von Gedankengut, das nur wieder im Faschismus endet, eine Provokation. Es ist eine verantwortungsvolle Pflicht, dem entschlossen entgegenzuwirken.

Wir fordern deshalb: Kein CC mehr in Coburg! Sofortiges Verbot der ‚Mahnstunde'!"

Die Versammlung beschloß eine nächste Zusammenkunft für Dienstag, den 22. 5. 79 in der Gaststätte „Weißes Roß" um 19.30 Uhr, um mit weiteren Interessierten — verschiedene Organisationen sollen angeschrieben werden — über weitere Schritte zu beraten.

Initiative gegen den CC
i.A. Michael Kaupert
Steinweg 16, Coburg

Zusammenarbeit mit Polizei zugegeben

Volkskorrespondenz aus Bayern

Bekanntlich haben die öffentlichen Verkehrsmittelbetriebe Schwierigkeiten mit der steigenden Zahl von sogenannten Schwarzfahrern. Der Hamburger Verkehrsbund (HVV) hat im letzten Jahr das „Bußgeld" auf 40 Mark erhöht.

Vor einiger Zeit hat ein Sprecher des HVV nun im Radio zugegeben, was in Hamburg schon länger üblich ist: die Zusammenarbeit von Kontrolleuren des HVV und der Polizei. Er sagte sinngemäß: Eingesetzt werden die Polizisten hauptsächlich in den Abendstunden, da erfahrungsgemäß dann die meisten Schwarzfahrer anzutreffen sind.

Weiter sagte der Sprecher: 98 bis 99 Prozent der Fahrgäste seien ehrlich. Auf die Frage des Reporters, wie sich denn dieser Prozentsatz mit dem Aufwand an Kontrolleuren und Polizei verhalte, oder wodurch das gerechtfertigt sei, antwortete der HVV-Sprecher: Damit ehrliche Fahrgäste auch ehrlich blieben, und die Polizei würde auf diesen Fahrten auch genügend anderer Leute habhaft werden!

Nicht genug damit, daß für sie sogenannte Schwarzfahrer Kriminelle sind, egal aus welchen Gründen sie kostenlos fahren, jetzt ist schon jeder normale Fahrgast potentiell einer. Warum denn nicht gleich Vorbeugehaft? Im März erhöhte der HVV schon wieder die Preise. Am stärksten ist Kasse gebeten wurden die Auszubildenden und die Nahverkehr. Der bundesdeutsche Staat ist nicht nur der größte Preistreiber, auf allen Gebieten treibt er die Faschisierung voran.

Mai im Bild

SEL-Arbeiter gegen Stillegung



Mitte Mai warfen etwa 700 Kollegen der Rheinkabelwerke in Köln für eine Stunde die Brocken hin, verließen das Werk und blockierten die Zufahrtstraßen. Aus einem Bilanzbericht des SEL-Konzerns, zu dem das Kölner Kabelwerk gehört, war hervorgegangen, daß der Betrieb Ende des nächsten Jahres geschlossen werden soll. 700 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. „Hier hilft nur Protest und Kampf, Kampf um jeden Arbeitsplatz!" war die Parole der Kollegen.

Ein kämpferischer 1. Mai!



Entgegen den Wünschen der Bosse und Bonzen, die den Plan hatten, den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse in einen Wahlrummel für Europa umzufunktionieren, stand der 1. Mai 1979 im Zeichen des Kampfes für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und dem Verbot der Aussperrung. Unser Bild zeigt einen Ausschnitt aus der Mai-Demonstration in Bremen.

Frauen kämpfen um ihr Recht



Werktätige Frauen im Kapitalismus bilden eine billige Reservearmee für die Unternehmer. Ihr Verdienst liegt im Durchschnitt etwa 30 Prozent unter dem der Männer. Die Frauen von Foto Heinze in Gelsenkirchen zogen geschlossen vor Gericht. Durch ihr kämpferisches Auftreten, Seite an Seite mit den männlichen Kollegen, erzwangen sie in erster Instanz gerechtere Entlohnung. Doch solange hier keine grundlegende Änderung erfolgt, können auch einzelne Gerichtserfolge den Millionen werktätigen Frauen nicht weiterhelfen.

Europa- Schwindel...



„Hast du einen Opa, schick ihn nach Europa!" Dieses geflügelte Wort kennzeichnet treffend, daß die „Begeisterung" für die Europawahlen am 10. Juni unter der Bevölkerung nicht sonderlich groß ist. Unsere Partei ruft zum Wahlboykott auf und organisiert zahlreiche Veranstaltungen und Arbeitertreffs unter dem Motto: „Keine Stimme für das Europa der Monopole". Der Kampf kann nur gegen die EG geführt werden. Bild: Demonstration gegen die EG in Dänemark.

Den Nazis keine Ruhe gelassen

Im letzten Monat kam es wieder zu zahlreichen Protestaktionen gegen das immer dreistere Auftreten der Neonazis. In Kamen demonstrierten 1 500 gegen das Nazi-Ausbildungszentrum der berüchtigten Harting-Bande. Am 6. Mai mußte der Landesparteitag der NPD in Tuttlingen aufgrund des massenhaften antifaschistischen Protestes abgebrochen werden. Wieder einmal gaben die westdeutschen Richter ein hervorragendes Beispiel ihrer wirklichen Gesinnung, als sie in Köln eine Demonstration türkischer Faschisten erlaubte, antifaschistische Proteste verbot. Unser Bild zeigt einen brutalen Polizeieinsatz gegen Antifaschisten am Essener Saalbau. Die Demonstranten hatten den Eingang besetzt, um eine Veranstaltung des faschistischen „Unabhängigen Freundeskreises" zu verhindern.



Polizei gegen Antimilitaristen



Am 3. Mai sollten in einer pompösen Militärschau 1 200 Rekruten der Bundeswehr auf dem Dortmunder Markt vereidigt werden. „Wie zu Kaiser Wilhelms Zeiten" — so sollte dieses „feierliche Gelöbnis" abgehalten werden und seine Wirkung unter den Dortmundern tun. Aber bis zu 3 500 antimilitaristische Demonstranten brachten ihren Protest vor. Das paßte nicht ins Bild. Polizei und Feldjäger gingen brutal gegen die Demonstranten vor, von denen zwanzig festgenommen wurden.

KP Japans/Linke

Zum Kampf der Völker Indochinas

Aus der Resolution des 2. Plenums des ZK

Auf seinem zweiten Plenum analysierte das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Japans (Linke) unter anderem auch die durch die reaktionäre Entwicklung in China entstandene Lage in der Welt und insbesondere in Südostasien und nahm dazu in der vom Plenum verabschiedeten Resolution Stellung. Wir zitieren aus einer Zusammenfassung dieser Resolution:

Nachdem sein Aggressionskrieg gegen Indochina mit einer Niederlage geendet hatte, setzte der US-Imperialismus zunehmend den japanischen Imperialismus und den chinesischen Sozialimperialismus in Südostasien ein. Die beiden Mächte spielen ihre jeweilige, vom US-Imperialismus zugeteilte Rolle: bei der Unterdrückung der zunehmenden revolutionären Kämpfe in allen asiatischen Ländern unter dem Einfluß der erfolgreichen Befreiungskämpfe der indochinesischen Völker; bei der politischen und ökonomischen Durchdringung Indochinas und der Zurückdämmung des sowjetischen sozialimperialistischen Einflusses; bei der Errichtung der Hegemonie des US-Imperialismus in der asiatisch-pazifischen Region. Die Fortschritte im Kampf des kambodschanischen Volkes gegen die reaktionären Kräfte des Pol-Pot-Regimes versetzten den US- und japanischen Imperialismus, den reaktionären Kräften der ASEAN-Länder und den chinesischen Sozialimperialismus einen harten Schlag. Sie haben auch die inneren Widersprüche in den südostasiatischen Ländern sowie die Rivalität und die Zusammenarbeit zwischen dem US-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus verschärft. So entwickelt sich die Situation jetzt stürmisch.

Der Befreiungskampf der indochinesischen Völker ist ein wesentliches Kettenglied im weltweiten Kampf des Sozialismus, des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker und Nationen gegen den Imperialismus, Sozialimperialismus, modernen Revisionismus und die reaktionären Kräfte verschiedener Länder gewesen. Der US-Imperialismus erlitt schwere politische, ökonomische und militärische Niederlagen während seines aggressiven Krieges in Indochina. Das internationale Währungssystem, das den Dollar zur Grundlage hat, brach im Zusammenhang mit der ökonomischen Krise des Weltkapitalismus fast zusammen, während sich der US-Imperialismus zu Hause und im Ausland isolierte und so die Widersprüche zu seinen Alliierten verschärfte. Die Befreiungskämpfe in Indochina trugen dazu bei, die proletarisch-sozialistische revolutionäre Bewegung in eine einzige Front der proletarisch-sozialistischen Weltrevolution gegen Imperialismus und Sozialimperialismus zusammenzuschließen.


Aus dem Zentralorgan der KP Spaniens/Marxisten-Leninisten „Vanguardia Obrera".

Auf die US-imperialistische Strategie Bezug nehmend, deckt die Resolution auf, daß der US-Imperialismus mit der „Carter-Strategie", die der „Nixon-Doktrin" gefolgt ist, seine neueste, ausgearbeitetste und betrügerischeste Form des Neokolonialismus anwendet und sich immer stärker bemüht, die Widersprüche unter seinen verbündeten Staaten zu lösen und China in diese Strategie einzubeziehen. Der US-Imperialismus will die zunehmende Welle revolutionärer Bewegungen in den Gebieten Asiens, des Mittelostens, Afrikas und Lateinamerikas grundsätzlich durch militärische Gewalt unterdrücken, aber auch direkt durch die Mobilisierung des ökonomischen Potentials der internationalen Monopole.

Neben anderen Eigenschaften der US-imperialistischen Strategie macht die Resolution klar, daß die US-Imperialisten entsprechend der Nixon-Doktrin ihre Beziehungen zu China geändert — von militärischem „Hinhalten" zu „Verhandlungen" — und die neokolonialistische Durchdringung Chinas gefördert haben bei dem Versuch, China in ihre Strategie einzubeziehen. Das Eindringen des US-Imperialismus in China wird durch die Entartung des Landes vorangetrieben.

Obwohl es an sich richtig ist, den Kampf gegen den sowjetischen Sozialimperialismus zu betonen, benutzen die chinesischen Führer dieses Argument in der Tat als Vorwand, um den frontalen antiimperialistischen Kampf, den die indochinesischen Völker gegen den amerikanischen Imperialismus führen — den größten der Welt —, zu verleumden. Ausgehend von ihrem eigenen nationalen Interesse verrieten sie den Befreiungskampf des vietnamesischen und anderer indochinesischer Völker, der einen antiimperialistischen Kampf im Weltmaßstab darstellt, an den Imperialismus. Als Gegenleistung konnten die chinesischen Führer diplomatische Beziehungen mit dem US-Imperialismus und dem japanischen Imperialismus aufnehmen, sie folgten dem konterrevolutionären Weg des Aufbaus der eigenen Wirtschaft und der Errichtung des Kapitalismus, vertrauend auf den Imperialismus.

Die Resolution geht weiter auf die Ziele des chinesischen Sozialimperialismus ein, in Indochina eine eigene Hegemonie zu errichten, wobei er eng mit den reaktionären Kräften des ASEAN-Paktes und des restlichen Asiens zusammenarbeitet. Er vereinigte sich mit den reaktionären Thai-Kräften, um die reaktionären kambodschanischen Kräfte zu unterstützen, und ging so weit, selber direkte militärische Aggression gegen Vietnam zu verüben. Aus der sogenannten Drei-Welten-Theorie des chinesischen Revisionismus ist jetzt ein Teil „Die dritte Welt als Hauptkraft" gestrichen; es bleibt nur noch der antisowjetische Teil. Der Antisowjetismus des chinesischen Revisionismus ist nichts weiter als ein Hilfsmittel, um sich aus Angst vor dem sowjetischen Sozialimperialismus dem US-Imperialismus und dem japanischen Imperialismus auszuliefern.



Aus dem Zentralorgan der KP Spaniens/Marxisten-Leninisten „Vanguardia Obrera".

Der US-Imperialismus hat angefangen, aus China politisches Kapital zu schlagen — China wurde ja früher als Bollwerk der Weltrevolution betrachtet —, mit dem Zweck, die revolutionären Kämpfe des Proletariats und des arbeitenden Volkes zu verwirren und seinen Neokolonialismus betreiben zu können. Die US-Imperialisten haben dann die chinesischen Sozialimperialisten zum Krieg aufgestachelt, um alle Erfolge, die durch die antiimperialistischen Volkskämpfe in Indochina erreicht wurden, zu untergraben. Sie verstärken den Streit und die Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Sozialimperialismus und fördern so ihr Eindringen in die Sowjetunion und den osteuropäischen Block. Das Proletariat der ganzen Welt verstärkt den Kampf gegen den Imperialismus, den Sozialimperialismus und die reaktionären Kräfte verschiedener Länder und unterstützt den Kampf der indochinesischen Völker gegen den US-Imperialismus, den japanischen Imperialismus und den chinesischen Sozialimperialismus.

[*eigene Übersetzung aus dem Englischen*]

Portugal

Die KP Portugals (W) schließt Fraktionisten aus

Wie die Zeitung „Bandeira Vermelha", Zentralorgan der KP Portugals (Wiederaufgebaut) berichtet, hat die Partei eine revisionistische Fraktion ausgeschlossen, die auf nationaler Ebene organisiert war, dem bevorstehenden III. Parteitag ihre revisionistische Plattform aufzwingen und die Partei zerstören wollte.

In Ausnutzung realer Schwierigkeiten der Partei wollten sie die revolutionären Positionen revidieren, die die PKP(W) vertreten hat:

- Sie vertraten die reformistische Linie des „kleineren Übels" und forderten, die Partei müsse bedingungslos prinzipienlose Abkommen mit den Führern der revisionistischen Cunhal-Partei eingehen.
- Sie forderten, die Partei solle nicht die Stärkung und Erweiterung der UDP als einer breiten Volks- und Massenorganisation unterstützen, sondern für die Auflösung der UDP eintreten.
- Sie säten Mißtrauen in die PAA, das sozialistische Albanien und die marxistisch-leninistische Weltbewegung und zettelten Intrigen an, um die PKP(W) von ihnen zu trennen.
- Sie vertraten, die PKP(W) müsse sich aus dem Kampf der kommunistischen Bewegung gegen die Abweichungen heraushalten, die zur Entartung Chinas in eine chauvinistische und aggressive Macht, einen Verbündeten des Imperialismus führten, und griffen immer offener das Werk Stalins an.

Als sie sahen, daß sie an der Geschlossenheit der Partei scheiterten, gingen sie unter Disziplinbruch zur aktiven Vorbereitung einer Spaltung in der Partei, zum Fraktionismus über. Nach ihrem Ausschluß aus der Partei starteten sie mit mehreren anderen parteifeindlichen Elementen üble Provokationen. Sie überfielen das zentrale Büro der Partei und entwendeten Parteieigentum. Mit einem Teil der Redaktion der Zeitung „Voz do Povo" (Organ der Massenorganisation UDP) benutzten sie diese Zeitung als Tribüne, um Verleumdungen gegen die Partei und interne Fragen der Partei zu veröffentlichen. Mit ihren Provokationen wollen sie den Zirkelstreit früherer Zeiten wiederaufleben lassen und sich zu Führern der alten Zirkel aufschwingen, um die Revolution, die Proletarisierung der Partei, ihre Verbindung mit den Massen zu bekämpfen. „Das ist ein unwürdiges, verräterisches Vorgehen", schreibt die Zeitung „Bandeira Vermelha", „das die ganze Partei zurückweist, das nicht geduldet werden wird und nicht den geringsten Erfolg haben wird."

Die Zeitung betont, daß die Vorbereitungen auf den III. Parteitag weitergehen, in die gesamte Partei einbezogen ist und zwar entsprechend der Normen, die die Aktivitäten der gesamten kommunistischen Partei regeln. Sie schreibt: „Das Exekutivkomitee ruft alle Mitglieder, Sympathisanten und Freunde der PKP(W) auf, doppelt wachsam zu sein, um diese Feinde der Partei zu isolieren und zu vernichten. Heute ist es wichtiger denn ja, intensiv am parteiinternen Leben teilzunehmen, um die Einheit der Partei zu verteidigen und enge Verbindungen mit den Massen herzustellen."

Die KPD/ML unterstützt unsere portugiesische Bruderpartei in ihrem Kampf gegen den revisionistischen Fraktionismus und ist überzeugt, daß sie ihn siegreich beendet, um voranzuschreiten im Kampf für die Sache der Revolution und der Interessen der Arbeiterklasse und des Volkes in Portugal.

Brasilien

KP Brasiliens ruft das Volk zum Kampf auf

In letzter Zeit hat das ZK der KP Brasiliens einen Aufruf an die Arbeiterklasse und das Volk Brasiliens gerichtet. Darin heißt es unter anderem:

„Die KP Brasiliens, die für die Volksrevolution und den Sozialismus kämpft, legt hiermit ihre Haltung zu den gegenwärtigen Ereignissen dar und ruft die Arbeiter, Demokraten und Patrioten auf, sich zusammenzuschließen im Kampf gegen die Reaktion, die räuberische Ausbeutung und die Abhängigkeit Brasiliens vom internationalen Finanzkapital."

Der Aufruf geißelt die schwierige Lage, in der sich das Land befindet, die erbarmungslose Ausbeutung, der die Arbeiterklasse ausgesetzt ist, den Ruin, in den die Generale das Land getrieben haben, indem sie es der Raffgier des ausländischen Imperialismus überlassen.

„Gezwungen durch die Isolation", heißt es weiter, „in der sich die Generale befinden, haben sie einige ‚Reformen' durchgeführt in der Hoffnung, die Fassade ihres abgewirtschafteten Systems aufzupolieren. (...)

General Figureido, unheilvolle Figur des Geheimdienstes der Streitkräfte, bleibt weiter Präsident. Sein Regierungsprogramm ist die Fortsetzung dieses Regimes. Seine Regierung besteht aus denselben Männern, die auch schon die vorhergehenden Regierungen gebildet haben. Sie sind Strohmänner der Reaktion und des ausländischen Kapitals. Figureido ist und war nie ein Demokrat. Aufgepäppelt von der Militärclique, muß er ihr sowie den internationalen, vor allem den US-amerikanischen Bankiers gehorchen." Deshalb wird in dem Aufruf betont, daß mit diesem Regime Schluß gemacht werden muß, daß es mit ihm keine Aussöhnung geben darf, da sie die Einheit der demokratischen und gegen die Diktatur gerichteten Kräfte zerstören würde.

Der Aufruf legt ferner dar, daß es erforderlich ist, „den politischen Kampf mit dem Kampf für die Durchsetzung der dringenden Forderungen der verschiedenen Teile der Bevölkerung zu verbinden.

„Das Banner der Einheit und der gemeinsamen Aktion bleibt der Kampf für eine freigewählte Verfassung und die Aufhebung aller eigenmächtigen Gesetze und Verordnungen (einschließlich der Verfassung, die von 1967 bis 1969 durch die Reformen Geisels geflickt worden ist), ferner der Kampf für die uneingeschränkte Generalamnestie. Dies kann nur durch eine verfassunggebende Versammlung geschehen, denn die Erlangung der politischen Freiheit ist die Voraussetzung, damit das Volk Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit und Organisationsfreiheit erhält und seine Programme vertreten und seine legitimen Vertreter wählen kann. Ohne politische Freiheit hat die verfassungsgebende Gewalt keine Autorität und Glaubwürdigkeit. Sie würde nicht die Meinungen und Ziele der Mehrheit der Nation ausdrücken und die politische Ausweglosigkeit beseitigen, in der Brasilien seit vielen Jahren steckt. Die Herrschaft der reaktionären Generale ist unvereinbar mit der Freiheit für das Volk. Deshalb muß die Einberufung der verfassungsgebenden Versammlung die Aufgabe einer provisorischen demokratischen Regierung sein, in der alle gegen die Diktatur gerichteten Kräfte vertreten sind."

Gleichzeitig", erklärt der Aufruf, „lehren die Erfahrungen unseres Volkes, daß wir keine wirkliche, umfassende, solide Freiheit haben werden, wenn die Probleme nicht von Grund auf gelöst werden. Die grundlegenden Probleme Brasiliens erfordern radikale Maßnahmen. Diese Maßnahmen erfordert die Revolution. Eine nationaldemokratische Volksrevolution auf der Grundlage der Einheit der beiden wichtigsten Kräfte Brasiliens: des Proletariats und der Bauernschaft, die sich in den demokratischen und fortschrittlichen Strömungen zusammengeschlossen haben. Es ist utopisch und eine bewußte Täuschung zu behaupten, man könne das unter der Herrschaft des Imperialismus erreichen, unter der Herrschaft der Großgrundbesitzer, der Monopolbourgeoisie, der reaktionären Streitkräfte, während gleichzeitig die Massen brutal unterdrückt werden."

„Die Revolution", heißt es abschließend, „ist das einzige Mittel, das Land aus der Krise und der vollständigen Abhängigkeit von den ausländischen Monopolen, aus der raschen Verschlechterung der Lebensbedingungen des Volkes, aus Rückständigkeit und Finsternis zu befreien."

Zum griechischen EG-Beitritt

Kampf dem Europa der Monopole!

In Anwesenheit von Staatspräsident Giscard d'Estaing und zahlreicher EG-Prominenz unterzeichnete der griechische Premier Karamanlis am 28. 5. 1979 im Athener Zappeion-Palast das Beitrittsabkommen Griechenlands in die Europäische Gemeinschaft. Es wird am 1. Januar 1981 in Kraft treten.

Karamanlis hatte sich die feierliche Zeremonie einiges kosten lassen. Allein für eine Prachtstraße, die er für diesen Zweck seit Herbst letzten Jahres von 1500 Arbeitern in Tag- und Nachtschicht erbauen ließ und die nach dem „großen Tag" wieder abgerissen wurde, hatte er umgerechnet 18 Millionen Mark an Steuergeldern aufgebracht.

Seit jeher ist Griechenland für die europäische Monopolbourgeoisie und die amerikanischen Imperialisten von großer Bedeutung. Nach dem zweiten Weltkrieg provozierten die amerikanischen Imperialisten einen Bürgerkrieg in Griechenland, um den Kampf des griechischen Volkes um Unabhängigkeit blutig zu ersticken. 1951 wurde Griechenland Mitglied der NATO, 1962 assoziiertes Mitglied der EG.

Als Griechenland dem amerikanischen Einfluß zu entgleiten droht, inszenieren faschistische Militärs unter direkter Anleitung des CIA am 21. April 1967 einen blutigen Putsch und errichten eine offen terroristische Diktatur über die griechischen Volksmassen. Am 27. November 1967 erklärte der damalige Bundeswirtschaftsminister Schiller, der zu dieser Zeit auch amtierender Präsident des europäischen Ministerrats war: „Die Durchführung dieses Abkommens bleibt sichergestellt." (Gemeint sind Wirtschaftsabkommen zwischen der EG und Griechenland als assoziiertes Mitglied.)

1974 stürzten die griechischen Volksmassen das verhaßte Regime der Obristen. Der Sturz der Obristen war gleichzeitig mit einem scharfen Kampf gegen den USA-Imperialismus verbunden, dem Drahtzieher des Putsches von 1967.

Die amerikanischen Imperialisten schickten den Reaktionär und Amerikafreund Karamanlis vor, der sofort begann, den vollen Eintritt Griechenlands in die EG zu betreiben, um so den Einfluß der amerikanischen und westeuropäischen Monopole zu verteidigen und zu festigen, um das griechische Volk noch mehr dem Einfluß des internationalen Kapitals zu unterwerfen und um die Südostflanke der NATO abzusichern. Am 12. Juni 1975 stellte die griechische Regierung einen Aufnahmeantrag zur EG, der im Februar 1976 vom Rat der EG-Außenminister grundsätzlich begrüßt wurde.

Es begann eine dreijährige Verhandlungsphase, während der beraten wurde, wie das griechische Volk am besten ausgeplündert werden kann. Dabei gab es zwischen den verschiedenen EG-Mitgliedern auch zahlreiche Meinungsverschiedenheiten. Die EG-Staaten, die über geringen Einfluß in Griechenland verfügten wie Belgien, Holland, aber auch England, sahen mit Argwohn, daß vor allem Westdeutschland und Frankreich, die viel Geld in Griechenland angelegt hatten, durch den Beitritt Griechenlands ihre Vormachtstellung in der EG noch mehr ausbauen würden. So gehörten Frankreich und vor allem Westdeutschland auch zu den eifrigsten Befürwortern des griechischen Antrags.

Nach statistischen Angaben der Jahre 1976 und 1977 beträgt der westdeutsche Anteil am Gesamtkapitalexport nach Griechenland etwa 10 Prozent, das sind rund 300 Millionen Mark. Im Handel mit Griechenland nimmt Westdeutschland eine führende Rolle ein. Das griechische Handelsdefizit mit Westdeutschland ist mittlerweile auf über 500 Millionen Mark angewachsen. Insgesamt beläuft sich das jährliche Handelsdefizit Griechenlands auf jährlich eine Milliarde Dollar. Durch Auslandsanleihen versucht die griechische Regierung einen Ausgleich ihrer negativen Handelsbilanz zu erreichen und wird bis 1980 mit knapp 5 Milliarden Dollar am westliche Ausland verschuldet sein.

Durch den Beitritt zur EG zementiert die griechische Regierung die Abhängigkeit Griechenlands vom internationalen Kapital noch mehr. Schon heute kann sie den Hals mit ausländischen Investitionen nicht voll genug bekommen. Durch hohe Kredite, Zinsvergünstigungen und Zuschüsse versucht sie, immer mehr ausländisches Kapital anzulocken.

Zur Unterzeichnung der Beitrittserklärung zur EG fand der griechische Premier feierliche Worte: „Eine große Politik hat ihre Rechtfertigung gefunden. Eine neue Epoche beginnt für unser Volk." Die neue Epoche für das griechische Volk wird so aussehen, daß es den Kampf gegen die einheimische Reaktion und das internationale Kapital, die EG und den USA-Imperialismus verstärkt fortsetzen wird. Der Aufruf der sechs westeuropäischen, marxistisch-leninistischen Parteien, den unsere Partei mit unterzeichnet hat, bezieht auch das griechische Volk mit ein: „Wir bekämpfen die EG der Monopole, wir treten ein für die Freundschaft der Völker Europas untereinander und mit allen Völkern der Welt. Wir treten ein für die Solidarität der Arbeiterklasse ganz Europas und aller Staaten der Welt beim Kampf für ihre täglichen Interessen und den Kampf für den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie ihrer Länder durch die sozialistische Revolution und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats."

Bericht vom 1. Mai im Iran

Für den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiterklasse des Iran

Zum ersten Mal seit dem gewaltsamen Sturz des faschistischen Schah-Regimes fanden am 1. Mai in allen größeren Städten gewaltige Demonstrationen statt. Da die Macht der Bourgeoisie noch nicht gebrochen ist, versuchte sie mit verschiedenen Mitteln, die Maidemonstrationen entweder völlig zu verhindern oder sie wenigstens ihres klassenkämpferischen Inhalts zu berauben.

Obwohl im Namen Khomeinys gedroht wurde, am 1. Mai müsse gearbeitet werden und etwaige Demonstrationen würden mit Waffengewalt angegriffen, hatte der „Rat für die Gründung der Generalunion der Werktätigen des Iran" (R.G.G.U.W.) zu einer Maidemonstration aufgerufen. Im Auftrag der Bourgeoisie rief dann auch die Partei der Islamischen Republik zu einer eigenen Demonstration auf, um die Bewegung zu zersplittern. Die Revisionisten steuerten ebenfalls durch einen eigenen Aufruf zur Desorientierung bei. Auch die Guerilleros und Volksfedayin konnten sich nicht zu einer Unterstützung der R.G.G.U.W. durchringen.

Doch der Aufruf des R.G.G.U.W. löste breite Zustimmung aus. Zahlreiche Arbeiterräte und Gewerkschaften sowie der Revolutionäre Schülerverband und der Revolutionäre Verband kämpferischer Frauen folgten dem Aufruf. Die Kommunistische Partei der Arbeiter und Bauern Irans sorgte mit allen Kräften dafür, diese 1.-Mai-Demonstration zu einer gewaltigen Kundgebung der Arbeiterklasse zu machen.

Der 1. Mai war ein großer Sieg für die Arbeiterklasse des Iran. Die Bourgeoisie hat das nicht einfach hingenommen. Sie schickte zahlreiche Provokateure, die die Demonstration auflösen sollten. Der R.G.G.U.W. hatte in Teheran insgesamt 700000 Menschen mobilisieren können. Sämtliche Angriffe von Provokateuren und Aufgehetzten konnten abgewehrt werden. Die Demonstration wurde von der Bevölkerung breit unterstützt.

Auch in den anderen Städten und Provinzen des Irans gab es zahlreiche machtvolle Arbeiterdemonstrationen. **Insgesamt haben Millionen Menschen unter dem Zeichen der Einheit der Arbeiterklasse im ganzen Iran gegen den Imperialismus und Kapitalismus demonstriert.**

Zur Lage im Iran

Nach dem Sturz des faschistischen Schah-Regimes ist die Bourgeoisie noch nicht geschlagen. Die Bourgeoisie ist in verschiedene Fraktionen gespalten und steht einer kämpferischen Arbeiterklasse gegenüber. Deshalb greift sie — sich auf die Kleinbourgeoisie stützend — rasch auf den Faschismus zurück. Die Faschisierung vollzieht sich im Gewand des Islam, stützt sich auf religiöse Vorurteile und wird im wesentlichen von Agenten des amerikanischen Imperialismus geleitet. Die Genossen der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern Irans schreiben, daß die Bewegung voranschreitet. „Die Partei entwickelt sich. Die Massenorganisationen vergrößern sich und vor allem, wir arbeiten im Proletariat. Wir haben große Hoffnungen auf den Sieg. Der Iran geht mit großen Schritten dem Bürgerkrieg entgegen. Wir bereiten uns darauf vor. (...) Trotz aller Schwierigkeiten werden wir siegen, denn die Massen, die zunächst unter dem Banner des Islam versammelt sind, drängen nach links und unsere Partei ist die einzige Organisation, die sie organisieren kann."



Am 1. Mai demonstrierten Millionen Menschen des Irans unter dem Zeichen der Einheit der Arbeiterklasse gegen den Imperialismus und Kapitalismus. Unser Bild zeigt die Demonstration in Teheran. Auf dem Transparent ist zu lesen: „Vorwärts zum Aufbau der Generalunion der Werktätigen des Irans!"

Italienische „Eurokommunisten"

Lakaien der Bourgeoisie

Kürzlich gab der italienische Revisionistenchef Berlinguer der Zeitung „Corriere della Sera" ein äußerst aufschlußreiches Interview; die Zeitung interessierte sich für die Haltung der „Eurokommunisten" gegenüber der NATO.

Die Tatsache, daß es sich bei der NATO um einen aggressiven Militärpakt des internationalen Kapitals zur Unterdrückung der Völker handelt, konnte Berlinguer nicht abhalten, die Mitgliedschaft Italiens in der NATO als äußerst positiv hinzustellen. Das ist im übrigen einer der vielen Punkte, die er mit den chinesischen Konterrevolutionären gemeinsam hat.

Einige Tage zuvor schon hatte er dem Salt-II-Abkommen seinen Segen gegeben. Damit unterstützt er eifrig das demagogische Bestreben der beiden imperialistischen Supermächte, das Wettrüsten hinter sogenannten Abrüstungsverträgen zu verbergen. Damit unterstützt er eifrig die Versuche von Washington und Moskau, sich als Friedensfürsten aufzuspielen, um ihren Kampf nach Weltherrschaft vor den Augen der Weltöffentlichkeit zu verbergen.

Die italienischen Revisionisten sind zu einer vollkommen bürgerlichen Partei entartet, die immer offener die Interessen der nationalen und internationalen Bourgeoisie vertritt.

Kurz berichtet

Reaktorvertrag soll gekündigt werden

Teheran. Das faschistische Schah-Regime hatte noch vor seinem Sturz einen Großauftrag nach Westdeutschland gegeben. Die Kraftwerksunion (KWU) sollte zwei komplette Atomkraftwerke am persischen Golf errichten. In der neuen iranischen Regierung zeigen sich starke Tendenzen, aus diesem Geschäft auszusteigen. Das wäre ein wichtiger Beitrag für eine wirkliche nationale Unabhängigkeit des Irans, denn die Atomkraftwerke würden den Iran von ausländischem Uran und vor allem von ausländischen Fachleuten abhängig machen.

USA für Völkermord in Ost-Timor verantwortlich

Lissabon. Auf einer Konferenz der Befreiungsbewegung für Ost-Timor, Fretilin, in Lissabon wurde erneut deutlich, daß die Hauptdrahtzieher des blutigen Terrors gegen das Volk von Ost-Timor die amerikanischen Imperialisten sind. Die indonesischen Besatzertruppen in Ost-Timor erhalten 90 Prozent der gegen das Volk eingesetzten Waffen aus den USA. Das Volk von Ost-Timor mußte diese reaktionäre und volksfeindliche Politik des amerikanischen Monopolkapitals mit rund 200000 Toten bezahlen, das ist ungefähr ein Sechstel der Gesamtbevölkerung.

Kreditrekord in Peking

Peking. Wie die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris mitteilte, war China im April der größte internationale Kreditnehmer der Welt. Von den insgesamt bereitgestellten Krediten in Höhe von 5,77 Milliarden Dollar entfielen allein auf Peking 1,5 Milliarden Dollar.

Bulgarien verdoppelt Benzinpreis

Sofia. Nachdem Moskau den Ölpreis für die Comecon-Staaten drastisch erhöht hat, sind in Bulgarien die Benzinpreise verdoppelt worden. Nach offiziellem Wechselkurs beträgt der neue Literpreis umgerechnet 2,16 Mark. Zusätzlich hat die bulgarische Regierung für ein Wochenende pro Monat ein Fahrverbot verhängt. Die Abhängigkeit vom internationalen Kapital und das skrupellose Abwälzen der Krisenfolgen auf die Werktätigen zeigen deutlich, daß in Bulgarien seit langem wieder der Kapitalismus existiert.

Stahlarbeiterstreik in Südfrankreich

Marseille. Das Küstenstahlwerk „Solmer in Fos" bei Marseille ist offiziellen Verlautbarungen zufolge eines der Paradestücke der französischen Stahlindustrie. Da die Unternehmer den etwa 7100 Kollegen des Werks die Erfüllung einer Festgeldforderung von 300 Francs monatlich verweigern, steht die Belegschaft seit dem 5. April im Streik. Der Grund für die Verweigerung der Lohnerhöhung ist vor allem die Angst der Unternehmer, ein Erfolg der südfranzösischen Kollegen könnte im ganzen Land Schule machen und den Kampf der Stahlkocher in Longwy weiter stärken.

Neue Terroraktionen der israelischen Zionisten

Beirut. Nach Meldungen des libanesischen Rundfunks haben die Zionisten mit Kriegsschiffen und schwerer Artillerie erneut die libanesische Hafenstadt Tyrus beschossen. Viele sind geflohen. Der israelische Bombenterror hat dafür gesorgt, daß in der früher als 50000 Einwohner zählenden, blühenden Hafenstadt jetzt nur noch 5000 Menschen leben.

Während die Zionisten weiter ihre Waffengänge gegen die arabischen Völker, vor allem die Palästinenser, inszenieren, ist Präsident Sadat und seine Regierung vollends zum Steigbügelhalter der zionistischen Verbrecherclique um den Terroristen Begin herabgesunken. Nicht nur, daß er durch den Separatfrieden den Israelis im Süden den Rücken freihält, kürzlich erlaubte er israelischen Kriegsschiffen sogar die Durchfahrt durch den Suezkanal und machte sich somit zum aktiven Verbündeten der israelischen Expansionspolitik.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW

Bestechung, Untreue, Betrug

Anklage gegen Poullain

Bestechung, Untreue, Betrug — auf diese Formel hat nun die Staatsanwaltschaft die Tätigkeit des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der Westdeutschen Landesbank (West-LB), Ludwig Poullain, gebracht. Die West-LB ist mit 120 Milliarden Mark Jahresumsatz eines der größten Unternehmen der Branche.

Als Chef der West-LB bereicherte sich Ludwig Poullain auch „privat". Bei seinen Raubzügen arbeitete er dabei mit dem Konstanzer Finanz- und Firmenmakler Josef Schmidt zusammen. Das Muster, nachdem das Ganovenpaar operierte, war in großen Zügen dies: Schmidt vermittelte der West-LB neue Kreditkunden und erhielt dafür sechsstellige Provisionen; Poullain als Chef der Bank traf Entscheidungen, die Schmidt bei seinen Geschäften „begünstigten" und kassierte seinerseits Beraterhonorare von astronomischen Ausmaßen.

Am 16. Juni 1972 etwa erhielt Poullain von Schmidt eine Million Mark in bar ausbezahlt. Zum Schein quittierte Poullain den Betrag wie folgt: „Für meine beratende Tätigkeit in den Jahren 1967 bis 1972 erlaube ich mir, einschließlich Mehrwertsteuer eine Million Mark in Rechnung zu stellen." — Die Zahlung bezog sich jedoch auf eine anstehende Entscheidung der West-LB über die Finanzierung einer deutsch-französischen Gemeinschaftsfirma, die Schmidt gemanagt hatte. Und prompt entschied sich die West-LB am 17. Juni 1972 — einen Tag nach dem „Zahltag" — für die Finanzierung des Projekts.

Wer mit solchen Operationen letztlich geschröpft wurde, wer die so entstandenen Millionenverluste zu tragen hatte, war die Masse der Steuerzahler. Träger der West-LB sind das Land Nordrhein-Westfalen, die Sparkassenorganisation des Landes und die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe.

Die dunklen Geschäfte des Gespanns Poullain-Schmidt kamen nach und nach ans Licht, nachdem Schmidts Unternehmen pleite gegangen und Schmidt selbst in die Untersuchungshaft gewandert war. Aber nun traten die „verantwortlichen Politiker" auf den Plan und hielten schützend ihre Hand über den Verbrecher im weißen Kragen. Obwohl sie von den Vorwürfen gegen Poullain wußten, unternahmen sie nichts, um seine Wiederwahl zum Vorsitzenden der Bank am 2. Dezember 1977 zu verhindern. Der damalige Ministerpräsident Kühn rechtfertigte sich später gar mit „Gedächtnislücken".

Allein, es half nichts. Mit Poullain stürzte zunächst der nordrhein-westfälische Finanzminister Halstenberg, später auch der Regierungschef Kühn selbst. Jetzt fürchten weitere Düsseldorfer und Bonner Politiker, daß Poullain im Verlauf des anstehenden Verfahrens einiges aus seiner Amtszeit enthüllt — etwa Ministerreisen auf Bankkosten oder großzügige Spenden der Landesbank für die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung. Der Fall Poullain hat noch lange nicht den letzten Kreis gezogen.

Für Poullain hat sich die „Tätigkeit" allerdings gelohnt. Neben den gewaltigen Provisionen aus dem Beratervertrag erhielt er Anfang 1978 nach seinem Ausscheiden aus der Landesbank 2,1 Millionen Mark Abfindung; er kassiert weiter eine Pension von insgesamt 2,4 Millionen Mark. Auch arbeitslos ist Poullain nicht geworden. Er fand eine neue Stelle als Manager bei der Iran-Krupp Investment AG in Zürich in der Schweiz.


Poullain vor dem Untersuchungsausschuß des Düsseldorfer Landtages.

Atomvorsorge in Bayern

Mit 22 Betten gegen Super-GAU?

Der Aufwand war so riesig, wie das Ergebnis winzig war. Es ging um die Vorsorge gegen Atomverseuchung in Bayern. Mehr als sechs Monate recherchierte das bayrische Arbeits- und Sozialministerium, bis es bekanntgab, daß „der Stand der Hilfsmöglichkeiten bei schweren Strahlenschäden, besonders bei einem Störfall in einem Kernkraftwerk" — unzureichend sei.

„Unzureichend" ist noch ein gelinder Ausdruck. Dreizehn Jahre nach Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Gundremmingen — des ersten kommerziell genutzten Kernkraftwerks in der Bundesrepublik — ist so gut wie nichts an Vorsorge- und Schutzmaßnahmen gegen eine mögliche Atomverseuchung getroffen worden.

In ganz Bayern stehen ganze 22 Betten zur Spezialbehandlung von strahlenverseuchten Patienten zur Verfügung, davon zwölf in München, zwei in Nürnberg, vier in Landshut und vier in Passau. Und das, nachdem Harrisburg gezeigt hat, welche katastrophalen und massenhaften Auswirkungen ein Unfall in einem Kernkraftwerk nach sich ziehen kann.

Es fehlt in den Krankenhäusern an Meßgeräten wie an medizinischem Fachpersonal. Das „Strahlenschutzzentrum" am Krankenhaus München-Schwabing hat außer dem klangvollen Namen nicht viel zu bieten. Es ist nicht einmal rund um die Uhr besetzt; Reaktorunfälle dürfen in Bayern eben nach Dienstschluß nicht passieren.

Die Beiträge, die die bayrische Staatsregierung zur Vorsorge auf einen möglichen Unglücksfall geleistet hat, sind so lächerlich gering, daß man sich über die Unverfrorenheit dieser Regierung, diese ihre Beiträge auch noch öffentlich herauszustreichen, nur wundern kann. Die Staatsregierung hat demnach ein Merkblatt — „Erste Hilfe bei erhöhter Einwirkung ionisierender Strahlen" — in einer Auflage von sage und schreibe 500 Exemplaren herausgegeben. Heute haben nicht einmal ärztliche Kreisvereine oder die Ärzte in der Umgebung von Kernkraftwerken dieses Merkblatt. — Als neueste Maßnahme hat die Staatsregierung nun die „Einlagerung" von Kaliumjodid-Tabletten angeordnet. Bei der derzeitigen Katastrophenschutzplanung in Bayern ist es aber mehr als fraglich, ob die ohnehin dubiosen Kaliumjodid-Pillen rechtzeitig an die von einem Reaktorstörfall betroffene Bevölkerung ausgegeben werden können.

Gerade in bayrischen Reaktoren ist es in den letzten Jahren immer wieder zu Unfällen und Pannen gekommen. Im Kernkraftwerk Gundremmingen verunglückten im November 1975 zwei Betriebsschlosser tödlich. Im niederbayrischen Kernkraftwerk Ohu trat Anfang Mai wieder radioaktives Wasser aus; für München bestand Anfang Mai ebenfalls die Gefahr radioaktiver Verseuchung, als neben dem Garchinger Atomreaktor ein Großfeuer ausgebrochen war. Die bayrischen Verhältnisse sind symptomatisch; sie zeigen deutlich, daß die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung in den Überlegungen der Kernenergie-Verantwortlichen eine höchst untergeordnete Rolle spielt.

Spitzeln als Zukunftssicherung?

Wie der Verfassungsschutz in Verfolgung seiner dunklen Zwecke die berufliche Not der Menschen — hier die den Lehrerstudenten drohende Arbeitslosigkeit — auszunutzen versucht, zeigt ein Fall aus Reutlingen.

Hier suchte ein V-Mann des Verfassungsschutzes den Mathematikstudenten Benno Schäfer mit dem Hinweis zu ködern: Es könne in der Zukunft etwas für ihn getan werden, „wenn es bei dir mal kritisch werden sollte mit der Übernahme in den Schuldienst". Sonst hatte der V-Mann für zu leistende Spitzeldienste nicht viel zu bieten: 100 Mark monatlich.

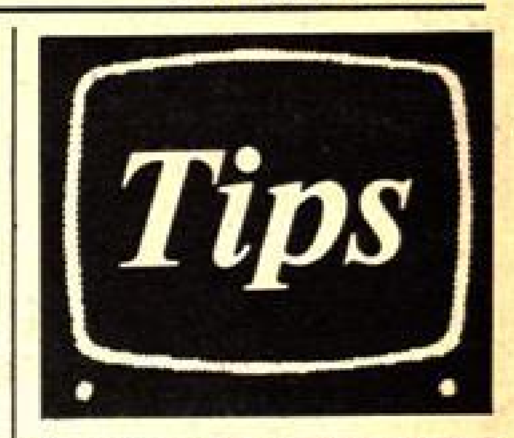
Der V-Mann hatte sich an der Reutlinger Universität wahrhaft fest verwurzelt. Er arbeitete als Wirt im Bierkeller der Pädagogischen Hochschule. Seit längerer Zeit bereits bewegte er sich in linken Studentenkreisen.

An den Studenten Benno Schäfer hatte sich der V-Mann mit der Gretchenfrage aller Verfassungsschützer herangemacht: Wie er denn zum Grundgesetz stehe? An Spitzeleien verlangte der V-Mann folgendes: Benno Schäfer sollte sich bei Vollversammlungen der Studenten Gesichter und Namen merken sowie Flugblätter sammeln. Objekte der Beobachtung sollten vor allem die Fachhochschule für Sozialwesen und die Deutsche Friedensunion (DFU) sein. Als „Arbeitsmittel" sollte Schäfer zum Beispiel eine präparierte Tonbandtasche zur Verfügung stehen.

Zum Schein ging Schäfer auf das Angebot ein. 50 Mark als Anzahlung schob ihm der als Wirt getarnte Verfassungsschützer über die Theke und ließ sich den Betrag quittieren. Ein von Schäfer bestellter Zeuge verfolgte die Übergabe.

Seit seiner Enttarnung ist der V-Mann unauffindbar; den Bierkeller hat er im Stich gelassen. Das baden-württembergische Innenministerium bestätigte, daß der Mann für den Verfassungsschutz arbeitet.

Bemerkenswert an dem Vorfall ist, daß der Student Benno Schäfer, den der V-Mann enttarnte, CDU-Mitglied ist. Inwieweit Schäfer sich bei der genannten Aktion zwingen mußte, über den eigenen Schatten zu springen, wissen wir nicht. Über den Schatten seiner Partei — und dies im Sinn des Wortes — ist er auf jeden Fall gesprungen...



Sonntag, 10. Juni, 11.00 Uhr, DDR-Fernsehen I
Ein Tagebuch für Anne Frank. Defa-Dokumentarfilm aus dem Jahr 1958. Das jüdische Mädchen Anne Frank, das sich vor den Nazis versteckt hielt, schrieb ihre Erlebnisse und Erfahrungen in einem Tagebuch auf. Anne Frank wurde von den Nazis ergriffen und ermordet; ihr Tagebuch blieb als ein aufrüttelndes Dokument erhalten.

* * *

Montag, 11. Juni, 20.00 Uhr, DDR—Fernsehen I
Geheimakte Solvay. DDR-Spielfilm aus dem Jahr 1953. Regie: Martin Hellberg. Der Film handelt von der Sabotagetätigkeit westlicher Imperialisten gegen die damals noch sozialistische DDR. Nach den Protokollen des Solvay-Prozesses (1950) deckt der Film die Verbindung der Direktion des treuhänderisch verwalteten Solvay-Werks in Bernburg mit dem Solvay-Konzern in Frankfurt am Main und die sich daraus ergebende Sabotagetätigkeit auf. Im Mittelpunkt der Handlung steht der klassenbewußte Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung.

* * *

Dienstag, 12. Juni, 21.55 Uhr, Hessen III
Der vergessene Krieg. Dokumentarfilm über die Moro-Volksarmee auf den Philippinen.

* * *

Mittwoch, 13. Juni, 19.00 Uhr, Südwest III
Schlechte Karten (2). Ein Spielfilm in zwei Teilen von Adolf Winkelmann über Lefirlinge und ihre Schwierigkeiten im Betrieb.

* * *

Donnerstag, 14. Juni, 21.55 Uhr, Nord III
Kultur aktuell: **Volkstheater.** Die Sendung setzt sich unter anderem — neben Millowitsch und dem Ohnsorgtheater — auch mit dem ebenso klassenkämpferischen wie pfiffigen italienischen Stückeschreiber Dario Fo auseinander.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML, REDAKTION „ROTER MORGEN", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 und 433692

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr

4630 **BOCHUM,** Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 511537, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mo, Mi, Do 16.00-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Tel.: 0231 / 433691 u. 433692, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 550623, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel. 0461 / 29601.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 771200, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

7800 **FREIBURG,** Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17.00-19.00 Uhr, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER,** Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 445162, geöffnet: Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann"-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext", Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 16507, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 854124, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", [illegible]str. 1, Tel.: 0621 / 697109, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 2607554, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG,** Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel. 0911 / 438043, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo, Di, Do u. Fr 11.00-18.00, Mi 15.00-18.00 u. Sa 10.00-13.00 Uhr.